

# Vorwärts

erschint täglich außer Montags.  
Preis vierteljährlich 3.00 Mark, monatlich  
1.00 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei  
in's Haus. Einzelne Nummern  
5 Pf. Sonntags-Nummern mit  
Illustr. Sonntags-Beilage „Neue  
Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement:  
Deutschland u. Ostpreußen  
1.00 Mark, Ausland 1.20 Mark. In-  
land's Post-Zeitungs-Verlag  
für 1892 unter Nr. 6024.

Inspektions-Gebühr beträgt für die  
fünftägige Wetzzeit oder deren  
Äquivalent 40 Pf. für Vereins- und  
Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.  
Interate für die nächste Nummer  
müssen bis 4 Uhr Nachmittags in  
der Expedition abgegeben werden.  
Die Expedition ist am Wochen-  
enden bis 7 Uhr Abends, an Son-  
ntags-Feiertagen bis 2 Uhr Ver-  
mittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur  
Ant. J. Nr. 4186.

# Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Neuh-Strasse 2.

Freitag, den 11. November 1892.

Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

## Aus England.

London, 7. November.

Nachdem Herr Asquith, der neue Staatssekretär des Inneren, in der Frage der Trafalgar Square-Versammlungen einen Kompromiß-Entscheid getroffen, hat am Sonntag zum ersten Mal seit fünf Jahren wieder ein Meeting auf jenem Platze stattgefunden. Der Kompromiß des Herrn Asquith geht dahin, daß Sonnabend Nachmittags, an Sonntagen und Bankfeiertagen, also zu Zeiten, wo der Geschäftsverkehr auf ein Minimum reduziert ist, während des Tages Meetings auf Trafalgar Square abgehalten werden dürfen, daß dieselben aber vorher der Polizei anzuzeigen sind, damit diese die nöthigen Anordnungen für den Fahrverkehr und die Aufrechterhaltung der Ordnung treffen könne, daß ferner immer nur ein Meeting zu einer bestimmten Zeit stattfinden dürfe, daß die Einberufer sich mit der Polizeibehörde wegen des Platzes, von wo aus gesprochen werden soll, ins Einvernehmen zu setzen haben, und schließlich hieß es auch, daß mit der Anzeige des Meetings der Gegenstand desselben der Behörde mitgeteilt werden solle. Man sieht, der Einschränkungen sind nicht wenige, so daß die überängstlichen Ladenbesitzer des Strand kaum Grund haben, sich über mangelnde Berücksichtigung ihrer Interessen zu beklagen, was die braven Leute indes nicht abgehalten hat, in einem Entrüstungs-Meeting dem Minister ihre allerhöchste Unzufriedenheit kundzugeben. Auf der andern Seite sind die vorgeschrittenen Elemente der Londoner Arbeiterschaft von dem ministeriellen Entscheid ebenfalls nicht befriedigt und wollen die Institution für die Rückeroberung des vollen Rechts auf den beliebigen Versammlungsort nicht aufgeben. Herr Asquith, wie sich das für einen liberalen Minister eben thut, nach rechts und links Abstriche machen zu müssen glaubte, so ist das kein Grund für die Sozialisten Londons, ihrerseits ohne Vorbehalt auf den Handel einzugehen. Man sieht sich vorläufig in die vorgeschriebenen Bedingungen, ohne damit die Frage als gelöst anzuerkennen.

Uebrigens enthielt die Antwort, die Herr Asquith seinerzeit bei in meinem früheren Brief erwähnten Deputation gab, bereits einen Passus, worin es hieß, daß es ihm, dem Minister, etwas widersinnig vorkommt, daß er in einer Sache, die doch nur eine Lokalangelegenheit sei, Entscheidung zu treffen habe. Das war ein Liebeswort an die Adresse der Prozeßisten im Londoner Grasschaftsrath, auf deren Programm die Unterstellung der Londoner Polizei — die heute die Citypolizei ausgenommen, direkt vom Ministerium aus ihre Obedienz erhält — unter die gewählte Municipalverwaltung Londons einen hervorragenden Platz einnimmt. Da nun die Sozialisten im Grasschaftsrath ihrer Stimme leichter Gehör verschaffen können als im Reichsparlament, so sind sie in diesem Punkte wenigstens mit Herrn Asquith einverstanden, und auf dem großen Meeting, welches das

Komitee für die Rückeroberung des „Squares“ auf nächsten Sonntag, als dem Jahrestag des blutigen Sonntags von 1887, nach Trafalgar Square einberufen hat, wird eine der Resolutionen unter Anderem dahin lauten, daß die Versammelten sich verpflichten, mit besten Kräften dahin zu streben, die Anerkennung des vollen und unbeschränkten Rechtes des Volkes, sich auf Trafalgar Square zu versammeln, zu erlangen, alle öffentlichen Plätze Londons unter die Kontrolle des Londoner Grasschaftsraths zu bringen und derselben Körperschaft die vollständige Leitung der Polizei zu verschaffen.

Dieses Meeting sollte ursprünglich das erste der nunmehr auf dem historischen Plane abzuhaltenen sein, inzwischen hat aber die Arbeitslosenbewegung größere Dimensionen angenommen und so empfing denn der Platz bereits am Sonnabend eine Art Einweihung. Seit längerer Zeit bereits finden, ursprünglich von der Sozialdemokratischen Föderation ausgehend, täglich Versammlungen von Arbeitslosen auf Tower Hill im East-End von London statt, unter immer stärkerer Beteiligung. Jeder Winter wirkt eine gewisse Anzahl von Arbeitern aus ihrer Existenz, aber wenn die Geschäfte gut gehen, bringt er dafür andern erhöhte Arbeitsgelegenheit, und so hart der ewige Wechsel von Beschäftigung und Beschäftigungslosigkeit den einzelnen Arbeiter trifft — er ist vielleicht der ärgste Fluch, der ihn bedrückt —, die Arbeiterklasse ist nur zu sehr an ihn gewöhnt und sucht sich in gewöhnlicher Zeit mit Hilfe von Pfandhaus und allerhand Entbehrungen mit ihm abzuwenden. Dies Jahr ist aber die Arbeitslosigkeit in London und auch in vielen Provinzorten Englands besonders groß, wenn sie auch möglicherweise noch nicht die Höhe des Winters 1887 erreicht hat. Der Sekretär für Arbeiterangelegenheiten im Handelsamt, Herr Burnett, berichtet, daß von 22 Gewerkevereinen, die Berichte an ihn eingehend, nur zwei den Geschäftsgang als „gut“ nennen ihn dagegen als „mäßig“ und ein ihn als „schlecht“ bezeichnen, und daß von dem 268 764 Mitgliedern dieser Vereine am 15. Oktober 16 794, d. h. über sechs Prozent außer Arbeit waren. Und diese Zahlen beziehen sich obendrein auf die bestgestellten, die „Aristokratie“ der englischen Arbeiter. In Canning Town und Barking, zwei Arbeiter-Vororten im Osten von London, beträgt nach einem Brief des General-Sekretärs der Union der Gas- u. Arbeiter, Bill Thorne, an John Burns, die Zahl der Arbeitslosen in den verschiedenen Geschäftszweigen von 19 bis 30 pCt. Von den 70 000 Arbeitern, die in Docks und Werften Beschäftigung zu finden pflegen, sind im ganzen nur 21 000 in voller Thätigkeit. Etwa 16 000 arbeiten nur drei Tage die Woche, 10 000 müssen den Wibelwech umkehren und einen Tag arbeiten und sechs Tage — von der Lust leben, 24 000 aber finden überhaupt keine Arbeit. In den Ost-Londoner Sektionen des Gewerkevereins der Vereinigten Maschinenbauer sind, wo sonst 10—20 pCt. der Mitglieder beschäftigungslos sind, jetzt 30—40 pCt. außer Arbeit u. s. w. u. s. w.

Diese Thatsachen wurden am letzten Donnerstag dem

Minister der Lokalverwaltung, Fowler, von einer aus den Arbeitervertretern im Londoner Grasschaftsrath bestehenden Deputation vorgehalten, die ihn ersuchte, dem 1886 und 1888 gegebenen Beispiel seiner Vorgänger folgend, ein Zirkular an sämtliche Lokalbehörden Englands zu richten, worin denselben nahegelegt wird, durch schleunige Inangriffnahme aller etwa schon beschlossenen öffentlichen Arbeiten, sowie solcher Untersuchungen, die sich im Allgemeininteresse empfehlen, für Schaffung von Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Der Minister versprach, die Sache ernstlich in Erwägung zu ziehen, und erklärte sich durch die Deputation für dahin befehrt, daß, was zu geschehen habe, bald geschehen müsse, und daß es verkehrt sei, London zuerst vorgehen zu lassen und dadurch die Gefahr stärkeren Zuguges nach London heraufzubeschwören. In der Sache Vollmachten seien beschränkt, er könne den Gemeindevorstellungen nur Rathschläge, aber keine Weisungen ertheilen, so daß es im Grunde auf den guten Willen dieser ankomme.

Das letztere ist allerdings richtig, aber auch die Regierung kann mehr thun, als mit gekerkerten Armen zusehen, denn sie hat genug Departements unter sich, die selbst Arbeiter beschäftigen, und im Nothfalle sieht ihr der Weg einer Zusammenberufung des Parlaments offen. Beide, Regierung wie Gemeinden u., werden sich jedoch nur zu ernsthaftem Vorgehen aufschwingen, wenn ihnen von seiten der Arbeiter — der Arbeitslosen wie derer, die es noch nicht sind, aber doch täglich fürchten müssen, es zu werden — gehörig eingeheizt wird.

In dieser Erwägung hat gestern eine stark besuchte Versammlung von Delegirten für die Trafalgar Square-Angelegenheit, bestehend aus Vertretern des Londoner Trades Council, sowie der größeren Gewerkschaften, der radikalen Klubs, der Sektionen der Sozialdemokratischen Föderation und anderer sozialistischer Vereine, einer am Freitag auf Tower Hill beschlossenen Resolution folgend, mit allen gegen eine Stimme beschlossen, daß sich das von einer früheren Delegirtenversammlung gewählte Komitee für die Demonstration vom 13. November in ein permanentes Komitee für die Arbeitslosen-Angelegenheit umwandeln und als solches noch nach dem 13. November fortzufunktioniren solle. Die Sache ist nicht nur an sich ein bemerkenswerthes Zeichen der Zeit, sondern auch dadurch von Interesse, daß im genannten Komitee, das obendrein das Recht der Kooptation hat, schon jetzt fast alle Fraktionen der Londoner sozialistischen und Arbeiterbewegung vertreten sind und im Ganzen auch gut mit einander gearbeitet haben. Ohne sich allzu optimistischen Erwartungen hinzugeben, kann man sich doch der Thatsache freuen, daß diese Gelegenheit einer erspriechlichen Kooperation nun verlängert wird, und sie als eine gute Vorbedeutung für die Zukunft begrüßen. Daß mit Nothstandsarbeiten die soziale Frage nicht gelöst wird, braucht man heute kaum noch einem Vorzeigeis zu predigen, geschweige denn Arbeitern, aber daß alle paar Jahre Nothstandsarbeiten u. s. w. notwendig sind, damit nur die Massen

## Feuilleton.

Redaktion verboten.)

[10

### Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

Er ging langsam weiter, um nicht vor neuneinhalb einzutreffen, da die Kasse erst gegen zehn geöffnet wurde.

Das Bureau, in dem er arbeitete, war ein großes dunkles Zimmer, wo im Winter fast den ganzen Tag Gas brannte. Es führte auf einen schmalen Hof, und man sah in andere Büroräume hinüber. Acht Assistenten saßen darin, außerdem hinter einer spanischen Wand in einer Ecke ein Sekretär.

Duroy holte sich zunächst seine hundertachtzig Franken fünfzig Centimes, die in eine gelbe Dose gepackt vom Kassendamen aus einer Schublade hervorgeholt wurden. Dann schritt er mit der Miene eines Siegers in das große Arbeitszimmer, worin er so viele Tage zu gebracht hatte.

Sobald er eingetreten war, rief ihm der Sekretär, Herr Bel, zu:

„Ah, Sie sind's, Herr Duroy? Der Vorsteher hat schon mehrere Male nach Ihnen gefragt. Sie wissen doch, er will es nicht haben, daß man ohne ärztliches Zeugniß zwei Tage lang wegen Krankheit fortbleibt.“

Duroy stand mitten im Bureau und rästelte sich zum Hauptischling.

„Das ist mir sehr schuppe“ sagte er laut.

Durch die Assistenten lief eine Bewegung; alle staunten, und das verwunderte Gesicht des Herrn Bel tauchte über der spanischen Wand auf, die seinen Platz wie eine Riste einschloß.

Aus Furcht vor Zug hatte er sich so verbarrikadirt, denn er litt an Rheumatismus. Um seine Untergebenen aber besser überwachen zu können, hatte er zwei Löcher ins Papier gestochen.

Man hätte eine Stecknadel fallen hören können, so still war es. Endlich fragte der Sekretär mit stodender Stimme:

„Was sagten Sie?“

„Ich sagte, daß mir das alles sehr schuppe sei. Ich bin nur hier, um meine Entlassung zu fordern. Ich bin bei der „Die Française“ als Redakteur mit fünfhundert Franks monatlich fest angestellt, außer dem, was ich für meine Beiträge bekomme. Heute steht mein erster Artikel drin.“

Er hatte sich ursprünglich vorgenommen, den Spaß in die Länge zu ziehen; aber er konnte der Lust nicht widerstehen, mit einem Male herauszulagen.

Uebrigens war der Erfolg auch so vollständig. Niemand wagte den Mund aufzumachen.

„Ich geh' es jetzt Herrn Perthuis sagen, nachher komme ich Abschied nehmen“, sagte jetzt Duroy.

Er suchte den Vorsteher auf, der ihn sofort ansah, als er ihn bemerkte: „Ah! Da sind Sie ja. Wissen Sie nicht, daß ich unter keinen Umständen dulde, daß...“

Der Untergebene fiel ihm ins Wort:

„Deswegen brauchen Sie noch lange nicht so zu brüllen!...“

Herr Perthuis, ein bider, wie ein Hahnenkamm so rother Herr, war sprachlos vor Ueberraschung.

„Ich habe die Arbeit hier satt“, fuhr Duroy fort. „Seit heute Morgen bin ich Journalist, und ich habe eine sehr schöne Stellung... Empfehle mich.“

Er ging. Er war gerächt.

Seinen ehemaligen Kollegen schüttelte er die Hand. Sie wagten kaum mit ihm zu sprechen, aus Furcht, es könne übel vermerkt werden. Durch die offene Thür hatten alle gehört, was er dem Vorsteher gesagt hatte.

Mit seinem Gehalt in der Tasche stand er wieder auf der Straße. In einem guten ihm bekannten Restaurant mit billigen Preisen leistete er sich ein ordentliches Frühstück. Die „Die Française“, die er sich noch einmal gekauft hatte, ließ er wieder auf dem Tische liegen. Dann ging er in mehrere Läden, wo er sich allerhand Sachen kaufte, nur um das Vergnügen zu genießen, sie sich nach Haus schicken zu lassen und seinen Namen dabei nennen zu dürfen: „Georges Duroy“, Redakteur der „Die Française“ setzte er hinzu.

Dann nannte er Straße und Nummer, vergaß aber nicht, ausdrücklich hinzuzufügen: Beim Portier abzugeben! Da er noch Zeit hatte, ging er zu einem Lithographen, der vor den Augen der Vorübergehenden „Wissentarten in zehn Minuten“ anfertigte. Sofort ließ er hundert Stück herstellen, auf denen sein neuer Beruf unter seinem Namen stand.

Dann begab er sich nach der Redaktion.

Forestier empfing ihn von oben herab, wie ein Vorgesetzter den Untergebenen.

„Ah! Da bist Du ja! Schön. Ich habe Verschiedenes für Dich zu thun. Warte hier zehn Minuten, bis ich mit meiner Arbeit fertig bin.“ Er beendete einen Brief, an dem er geschrieben hatte.

Am anderen Ende des großen Tisches saß ein kleiner,



nicht kurzweg Hungers sterben, nur das kraffteste Elend vermieden wird, das ist und bleibt eines der wirksamsten Argumente für die Nothwendigkeit des Sozialismus.

Neben der schon erwähnten Resolution wird am nächsten Sonntag noch eine, die Arbeit für die Arbeitslosen verlangt, zu Abstimmung kommen. Das Meeting vom Sonntagabend verlief, mit Ausnahme einer unbedeutenden Störung am Schluss, in musterhafter Ordnung. Es war von mehreren Tausenden besucht, das vom nächsten Sonntag wird nach Zehntausenden zählen. Das Zeugnis ablegen vom Wachsthum des Sozialismus und dem steigenden Einfluss der Arbeiterklasse in England — seit dem 18. November 1887.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. November.

Der Bundesrath sind gestern vom Reichshaushalts-Etat für 1893/94 ausgegangen die Etats der Schutzgebiete, des Auswärtigen Amtes, des Reichsschatzkanzlers, der Reichsschuld, der Marineverwaltung, sowie der Etat für das preussische Reichs-Militärkontingent und die in preussische Verwaltung übernommenen Kontingente anderer Bundesstaaten. Es fehlen also nur noch die Etats der bayerischen, württembergischen und sächsischen Kontingente. Der gesammte Etat soll dem Reichstage nicht, wie vorher angenommen wurde, erst nach Neujahr, sondern, ebenso wie die Militärvorlage, alsbald nach seinem Zusammenzutreten überreicht werden. — Zugewandert ist dem Bundesrath ferner eine im Reichseisenbahnamt ausgearbeitete Denkschrift über eine Abänderung der unterm 7. April dieses Jahres beschlossenen Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands. —

Die Reichstags-Fractionen werden nach der neuen Fraktionsliste in der bevorstehenden Session in folgender Stärke erscheinen: Zentrum 107, Deutsch-Freisinnige 87, Konservativen 66, Nationalliberale 42, Sozialdemokraten 36, Reichspartei 18, Polen 16, Volkspartei 10, bei keiner Fraktion 30. Erledigt sind 5 Mandate. —

Der volksfeindliche Charakter der neuen Militärvorlage wird durch ihre Begründung handgreiflich bewiesen. Ueber Motive wird zwar nicht abgestimmt, aber die Motive verrathen den Zweck und Geist einer Maßregel. Als zuerst bekannt wurde, daß die Regierung eine neue große Militärvorlage beabsichtige, führten wir aus, daß der Militarismus nach seiner ganzen Entwicklung und Wesenheit ein Heersystem anstrebe, welches jeden demokratischen Geist zu verbannen und aus dem Soldaten eine Maschine zu machen suche. Wir verwiesen auf die ursprünglich demokratische Verfassung der nach der Zertrümmerung des „fiedericianischen“ Preussens bei Jena unter dem Einfluß der Ideen der französischen Revolution geschaffenen preussischen Armees-Organisation, und zeigten, daß alle späteren sogenannten „Armees-Organisationen“ darauf hinausliefen, das in jener Armees-Organisation befindliche demokratische Gift zu entfernen, und den „militärischen Geist“ auch auf die Landwehr auszudehnen, so daß die Armees nur noch Drill- und Maschinen-Soldaten enthalte. Wie richtig unsere Auffassung ist, das erhellt aus den Angriffen, welche jetzt von den Verteidigern der neuen Militärvorlage gegen die Landwehr gerichtet werden. In diesen, der geschichtlichen Wahrheit ins Gesicht schlagenden, dem „militärischen Geist“ des antidemokratischen Militarismus entsprossenen Verunglimpfungen der Landwehr enthält sich und der Geist der Urheber dieser Vorlage, sowie der Geist dieser Vorlage selbst mit einer Deutlichkeit, für welche wir den Reptilien des Herrn von Caprivi nur dankbar sein können. Wer vorher noch zweifeln konnte, der weiß jetzt, daß nicht verstärkte Wehrhaftigkeit der Zweck der neuen Vorlage ist, sondern Ausrottung des in der Armees noch verbliebenen demokratischen Elements; eine schroffere Scheidung von „Zivil“ und „Militär“, und die Erweiterung der Kluft zwischen dem gemeinen bürgerlichen Volk und dem privilegierten „Volk in Waffen“. —

Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht die preussischen Steuervorlagen, und zwar: 1. den Entwurf eines Gesetzes

blasser, fettgeschwollener Mann von gelber Hautfarbe. Sein Schädel war völlig kahl und glänzend. Er schrieb eifrig und mußte außerordentlich kurzfristig sein, denn er drückte die Nase fast auf's Papier.

„Sag mal, Saint Potin“, fragte ihn Forestier, „wann gehst Du denn heute unsere Leute interviewen?“

„Um vier Uhr.“

„Nimm doch den jungen Duron hier mit und weis' ihn in die Geheimnisse des Fachs ein.“

„Soll geschehen.“

Run wandte sich Forestier an seinen Freund und sagte: „Hast Du die Fortsetzung von Algier mitgebracht? Der erste Artikel hat sehr gefallen.“

„Rein...“ stammelte Duron betreten. „Ich dachte noch Zeit bis Nachmittag zu haben... ich hatt' so viel zu thun... ich kam nicht dazu...“

Unzufrieden grüßte der Redakteur die Kapsel: „Wenn Du nicht pünktlicher sein willst, wirst Du's nicht weit bringen. Der alte Walter rechnete darauf. Ich werde ihn sagen, daß Du die Fortsetzung morgen liefern willst... Du mußt nicht etwa glauben, daß Du für's Nichtsthun bezahlt wirst.“

Nach kurzem Schweigen setzte er hinzu: „Zum Teufel auch! Man muß das Eisen schmieden, so lange wie es warm ist.“

Saint Potin stand auf: „Ich bin fertig.“

Forestier drehte sich auf dem Stuhle um und steckte eine fast feierliche Miene auf, als er seine Aufträge erteilte. Er wandte sich an Duron: „Gör' also! In Paris befindet sich seit zwei Tagen der chinesische General Li-Zheng-Foo; er ist im Continental abgefrachten, und der Rajah Kapotahib Ramoderao Pali, der im Hotel Bristol logirt. Wir müssen eine Unterredung mit ihnen bringen.“

Dann wandte er sich an Saint-Potin: „Vergiß die Hauptfrage nicht, die ich Dir schon bezeichnet habe. Frag' den General und den Rajah, was sie von den Plänen Englands im äußersten Orient halten, laß Dir ihre Meinung über ihr Kolonisations- und Herrschaftssystem sagen und hörh, was sie von einer Einmischung Europa's und besonders Frankreichs und ihre Angelegenheiten denken.“ (Fortsetzung folgt.)

wegen 1. Hebung direkter Staatssteuern; 2. den Entwurf eines Ergänzungsteuer-Gesetzes; 3. den Entwurf eines Kommunalabgaben-Gesetzes; 4. eine umfangreiche Denkschrift zu den Steuerreform-Gesetzen. —

Im preussischen Herrenhause ist vom Frankfurter Ober-Bürgermeister Adickes der Entwurf eines Gesetzes über die Erleichterung von Stadterweiterungen eingebracht, welcher vom „Reichs-Anzeiger“ mitgeteilt wird. —

Die Vermögenssteuer, welche in dem vorgelegten Gesetzentwurf den Namen einer „Ergänzungsteuer“ führt, soll sich auf das gesammte bewegliche und unbewegliche Vermögen nach Abzug der Schulden erstrecken. Die Steuer beginnt bei einem Vermögen von mehr als 6000 M. mit 3 M. Jahressteuer und steigt bis zu 30 M. bei Vermögen von mehr als 60 000—70 000 M. Von da ab steigt die Steuer mit jedem angefangenen 10 000 M. um je 5 M. bis zu Vermögen von 200 000 M. Bei Vermögen von mehr als 200 000 M. bis einschließlich 220 000 M. beträgt die Steuer 100 M. und steigt bei höheren Vermögen für jede angefangenen 20 000 M. um je 10 M. Bei Vermögen von mehr als 2 000 000 M. bis einschließlich 2 100 000 M. beträgt die Steuer 1000 M. und steigt bei höheren Vermögen für jede angefangenen 100 000 M. um je 50 M. —

Den Ausfall der Eisenbahn-Einnahmen in Preußen sucht der „Reichs-Anzeiger“ zu beschönigen durch den Vergleich mit den Einnahmen anderer Länder.

Die Gesamteinnahmen ergaben Millionen Mark in	1881/82	1890/91	± pCt.
Deutschland	922,2	1203	+ 31,3
England	1381,1	1599	+ 20,1
Frankreich	900,3	984,1	+ 9,3

Der Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben betrug in Millionen Mark in:

	1881/82	1890/91	± pCt.
Deutschland	406,4	500,7	+ 23,2
England	699,1	735,1	+ 5,0
Frankreich	443	499	+ 12,6

Es verzinst sich das Anlagekapital durchschnittlich bei den Eisenbahnen Deutschlands im Jahre 1890/91 mit 4,86 pCt. bei denen Englands mit 4,10 pCt., bei den französischen mit nur 3,75 pCt., bei den preussischen Staatsbahnen allein mit 5,99 pCt.

Es ist in Preußen immer etwas faul, wenn man sich ins Ausland zum Vergleiche aufmacht. Nicht die geringere Einnahme wird der Eisenbahn-Verwaltung zum Vorwurf gemacht, als vielmehr, daß sie die Entwicklung des Verkehrs um andere Interessen willen hemmt. Sie erschwert den Güterverkehr im Interesse der Schutzzöllner und den Personenverkehr im Interesse der Großgrundbesitzer, welche die Freizügigkeit der Arbeiter beseitigen möchten. —

Steuerreform und Steuervermehrung ist in Preußen und im Deutschen Reiche dasselbe, der erstere Ausdruck soll nur die letztere wohlklingender machen. Der neue Kommunalsteuer-Entwurf soll den Gemeinden neue Einnahmequellen eröffnen, und zu diesen gehört auch eine Steuer für die Benutzung öffentlicher Schlachthäuser. Bisher buxten die Gebühren für dieselben nicht höher gehen, als zum Ersatz der Betriebskosten, der Prozentsigen Verzinsung und der 1 Prozentigen Amortisation des Anlagekapitals nöthig war. Der neue Kommunalsteuer-Gesetzentwurf soll aber den Gemeinden ermöglichen, darüber hinausgehende Gebühren zu erheben und so Ueberschüsse zu erzielen. Es ist dies gleichbedeutend mit der Einführung einer indirekten Schlachsteuer, die auf den Konsumenten abgewälzt wird. Die Erhebung auch anderer indirekter Steuern wird durch den neuen Gesetzentwurf den Gemeinden nahegelegt, und werden die Borgzinsverwaltungen der Städte gemäß nicht ermangeln, die direkten Steuern auf die großen Massen der Bevölkerung abzuwälzen. —

Den Achtmillimeter-Philanthropen ins Stammbuch. Den Prostituirten der Wissenschaft, welche in streberhafter Verbeugung vor dem deutschen Militarismus die Wunden durch das Achtmillimeter-Geschoss als reine Kinderrei, ja als ein Plaisir hinstellen, sei hier der Bericht eines französischen Offiziers aus Dahomeh unter die Nase gehalten:

Die Wirkungen des Bebelgewebes sind fürchterlich. Die Geschosse durchbohren das Fleisch wie ein Drillbohrer (comme un drille) und richten beim Austritt aus dem Körper arge Verwüstungen an. Die Kraft der Kugeln ist ungläublich. Die dicksten Bäume wurden durchschossen und hinter ihnen fanden wir Haufen von Todten, zum Theil hintereinander in Reihen wie ausgeblasene Kartenmännchen („comme des capucins de cartes“).

Wie gefällt das unseren Lobrednern des menschenfreundlichen Kleinkalibers? Haben sie Lust, das Vergnügen am eigenen Leibe zu probiren? Wir wollen sie nicht hindern. —

Aus der Thronrede, mit welcher der preussische Landtag eröffnet wurde, verdient hervorgehoben zu werden, daß für nothwendig befunden wird, die Ausgaben in allen Zweigen der Staatsverwaltung mit großer Sparsamkeit unter Beschränkung auf die dringlichsten Anforderungen zu bemessen“ und daß deshalb die Aufbesserung der Beamtenbesoldungen ausgesetzt werden soll. Dagegen wird eine solche für die mittleren Beamtenklassen in Aussicht gestellt. Ob nicht bei diesen die größere Sparsamkeit angebracht wäre, als bei den untersten Beamtenklassen? Und wie verhält sich mit dieser Sparsamkeit die Erhöhung des Militäretats, der in diesem Jahre schon über 680 Millionen verschlang, um weitere 100 Millionen? —

Katholiken-Schnüffelei treibt das „Leipziger Tageblatt“. Es sei nicht bloß ein sächsischer Katholikentag, der in der großen Seestadt abgehalten werden solle, — wie die „Norddeutsche“ beschwichtigend meinte — sondern ein allgemeiner Katholikentag.

Nun, und wenn? Was kann's schaden? Wozu die Heulmeierei? Und diese schweinsknöchernen Jämmerlinge sind es, die seimerzig am lauteften den Gassenhauer ihres Götzens mitbrüllten: „Wir fürchten Gott, sonst nichts auf Erden.“ —

Aus dem rheinisch-westfälischen Kohlenrevier wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben:

Die Lage der Bergarbeiter ist im allgemeinen eine recht ernste. Eine ganze Anzahl von Fehlen benutzt, da der Abschlag die Förderung nicht erreicht, als Ausbissmittel zur Herstellung des Gleichgewichts die Entladung von Fehlschichten, durch die der ohnehin eine weiche Leinwand bedeckende Berdient der Bergleute bis auf sechs Mark

monatlich sinkt. Auch Einnahmen von fünfzig Mark kommt vor und durchaus nicht so selten, wie man wünschen möchte. Stellenweise finden selbst Abkührungen statt. So hebe „Schleswig“ des Fördervereins am ersten November fünfzig Mann entlassen. Von der allgemeinen Nothlage für den Winter Schlimmes befürchten läßt, werden also die Bergarbeiter betroffen.“

Solche Nachrichten kommen aus allen Gegenden des Reichs und aus fast allen Gewerben. Das Vermögen der Millionäre ist in diesem Wachsthum begriffen, indes die Zahl des Proletariats sich vergrößert und dessen Lage verschlimmert. —

Robert Blum's letzter Brief. Die „Freisinnige Zeitung“ theilt heute ihren Lesern mit, daß Tante Elen den letzten Brief Robert Blum's — unmittelbar vor der Verschickung auf der Brigittenau am 9. November geschrieben — veröffentlicht habe. Und die „Freisinnige Zeitung“ besitt sich, ihrerseits den Brief zum Abdruck zu bringen. Herr Eugen Richter, der im Drang der Schäfte noch nicht die Zeit gefunden hat, Marx' Kapital oder ein sonstiges wissenschaftliches Werk der Nationalökonomie zu lesen, scheint auch — was schmerzlich zu begreifen — keine Kenntniß davon erlangt zu haben, daß dieser letzte Brief (dem übrigens wahrscheinlich ein späterer, an einen Leipziger Freund, Cramer, gerichteter Bittel gefolgt ist) wenige Tage nach Blum's Erschienen in Hunderttausenden von Exemplaren — zum Theil als Facsimile — verbreitet, und seitdem hunderte von Millionen vervielfältigt worden ist, — sich auch in allen Lebensbeschreibungen Blum's und den meisten Schriften über Blum findet.

Der „Hans“, für welchen der Siegelring bestimmt ward, ist der Hans Blum, welcher die „Lügen“ sowie die samose „Allianz“ mit dem Redaktor der „Eiseren Depesche“ verübt hat. —

Die Revolution der Staatssozialismus. In einem Jungblat von dem die „Kölnische Volkszeitung“ an Bochum meldet (Nr. 618), wird gegen das sozialistische Parteiprogramm für das Ruhr-Revier wie folgt losgewortelt:

„In bekannter Schreibweise wird eingetreten für die jämmerlichste Reformarbeit, und wie unsere Politik in der großen Politik es verstanden haben, den Klassenkampf zur Fosse zu machen, so verdammt man auch hier, Such zu kläglicher Flickarbeit heranzuziehen, statt klärend zu wirken, erzeugt man Konfusion, und lenkt das Augenmerk ab von dem eigentlichen Ziele: vollständige Beseitigung der privat-kapitalistischen Produktionsweise... Unser Ziel erreichen wir nicht durch Kompromisse. Die Gegensätze ausgleichen, bedeutet ein Vertuschen derselben, und das harmonische Zusammenarbeiten aller Massen ist der Versuch zur Ausöhnung und damit ein Verrath der Interessen des Proletariats.“

Gut abgeschrieben! Dieser grimmige Feind „Klägliche Flickarbeit“ und künstlich erzeugter „Konfusion“ zeigt Talent, klärend zu wirken“ dadurch, daß er die „privat-kapitalistische Produktionsweise“ als das Karibago bezeichnet, welches zerstört werden muß. Der vom W. G. des W. G. unabweisbar ganz „unabhängige“ Jüngling weiß also nicht, daß der Privatkapitalismus nur eine Form des Kapitalismus ist, und daß der Staatskapitalismus, welcher die privat-kapitalistische Produktionsweise bekämpft, und welcher sich verlogenere Weise Staatssozialismus weit gefährlicher werden kann, wie der Privatkapitalismus. Uebrigens ist es nicht bloß Unwissenheit, die diesen Mann in der Westentasche zum Verbündeten des Staatssozialismus macht. Der Klassen-Gegensatz zwischen Hülle und Kern zwischen Phrase und Handeln ist allen Mantrerevolutionären gemeinsam, die hinter gewaltigen Kraftworten ihr Unwissen und ihre Hassenherzigkeit zu verbergen suchen. Der Esel in der Löwenhaut brüllt bekanntlich hundert Mal mehr, als der wirkliche Löwe, der es nicht nöthig hat, der zu sagen, daß er ein Löwe ist. Der Ruhr-Revolutionäre, der dem Staatssozialismus Thar und Thor öffnet, vielleicht bei jener famosen Programm „Vierdankel“ thätig, welche den Himmel erschauern wollte und auf die weichen Knie des „Reichs-Anzeiger“ zu liegen kam. —

Ein Wunder. Die Pariser Polizei hat einen deutschen Arbeiter Namens Robe oder Robbe, angeblich aus Leipzig stammend und erst seit einem Monat in Paris, als den letzten Attentats verdächtig in Haft genommen. Für diesen allem Anscheine nach ganz unschuldige Opfer des Anarchisten-Schrecks hat sich sofort hier in Berlin ein warmer Verteidiger gefunden, der die Schale seines Spotts ausschüttet über die Gespensfesterheer der Pariser Polizei. Und wer ist dieser stammes Verteidiger? Niemand anders als Herr Blum von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Ja, wenn der Robe in Berlin verhaftet worden wäre! Und wenn der alte „Chef“ noch lebte! Merkwürdig ist aber auf die Fälle der Seiten sprung der „Norddeutschen“ — und vielleicht auch in Paris merkwürdig erscheinen. Ungeschicklich war der Findex ja allezeit. —

Das neueste Pariser Attentat. Natürlich werden die Bemühungen, das Verbrechen des vorgelegten Tages für politische Reaktionszwecke auszunutzen, mit ungeschwächter Eifer von allen französischen Reaktionsparteiern fortgesetzt. Das war zu erwarten, und wir nehmen es ihnen so wenig übel, als wir es dem Marxer verargen, wenn er sich über das aber die deutsche Presse, und zwar obendrein sich fortwährend neumende, bei diesem Schimpf mittheilt, das verdient öffentliche Brandmarkung. Wir haben zunächst die „Vossische Zeitung“ im Auge, die gestern einen gemein-behaglichen Artikel unter dem charakteristischen Titel: „Das Nachspiel zum Streik von Carmaux“ brachte, und heute in derselben Tonart fortfährt. P. S.!

In Belgien ist die Lage so gespannt, daß eine Annahme der Spannung, ohne daß es zum Krach kommt, unmöglich erscheint. Die Aufregung ist allgemein, die Bitterung steigt, und die Massen sind in Bewegung. — hat die Situation mit der Frankreichs im Februar 1887 verglichen. Und, in der That, die Ähnlichkeit ist groß. Auch dort und damals handelte es sich um Wahlergebnisse. Auch dort und damals setzte die Regierung den Forderungen des Volkes ein starres Nein! entgegen. So stimmt die Ähnlichkeit. In Frankreich fiel die Monarchie und in Belgien? —

Aus Spanien schreibt man uns unterm 6. November: Neues Fiado für die gegenwärtige Regierung Spaniens — Kustände und Empörungen, Putche und Revolutionen sind seit geraumer Zeit in Spanien Robe. Auf den Aufstand



In Madrid, am 31. Oktober, welcher die Demission des Statthalters von Provinz und des berühmten Bürgermeisters Bosch zur Folge hatte, folgte am 2. November das Revolutionsfest von Granada. Da der Schreiber dieser Zeilen Augenzeuger davon war, vermag er dasselbe objektiv zu schildern. — Seit dem 18. Oktober wurde die Königin mit dem König erwartet. Von Tag zu Tag wurde die Ankunft verschoben aus Anlaß der Krankheit des Königs. Diefelbe sollte nach der Notiz der regierungsfreundlichen Zeitungen eine Erklärung, nach der Aussage „dieser Deute“ aber eine Folge der Ausschweifungen des letzten Königs, also ein Erbfehler der Bourbonen sein. Lassen wir dies auf sich beruhen, so viel steht fest, daß die Königin immer und immer nicht kam. — Allmählig ging den Andalusiern die Geduld aus. Selbst die Gegenwart des edlen Canovas vermochte dieselbe nicht zu stärken. Schon seit Tagen sprach man öffentlich aus, daß das Volk schmächtig von der Regierung geküßelt worden sei. Und das sensationstüchtige Volk Andalusiens oder besser gesagt die Vertreter desselben hatten sich mächtig angestrengt, die Königin würdig zu empfangen. Ueber 125 000 M. waren aus dem Säckel der Stadt gestossen, obwohl die allgemeine Armut ein ungeheures ist. — Von Tag zu Tag stieg die Enttäuschung, und als es nun am 1. November Abends hieß, es würden anstatt der Königin drei Minister kommen, da war der Eindrucksdenker gerissen. In den Cafés, in der Presse machte man Opposition. — Gegen Abend des 2. November begann man zu pfeifen und Radan zu machen. In kurzen Sammelte sich in der Nähe eines Theaters eine bedeutende Menschenmenge, welche sich nach dem Hauptplatze des Bürgermeisters bewegte. Diefem wurde eine Ovation dargebracht, weil er in Anlaß der Täuschung von Seiten der Regierung seine Entlassung genommen hatte. Pfeisend und schreiend bewegte sich die Menge weiter, dem Führer der Konvention die Fenster einwerfend und ihm eine unbeschreibliche Rufenmusik darbringend. Schon ertönten Rufe: Nieder mit der Regierung! Tod dem Canovas! und ähnliche. Die Menge durchschritt die Hauptstraßen pfeisend und alle Ehrenposten, Gärten und Bahnhöfe niederreisend. In kurzen war sie bei dem verfallenen Denkmal angelangt. Nur einen Augenblick dauerte es, und das Denkmal war durch den Willen des Volkes zerstört. Rufe der Freude und des Hohnes vermischten sich mehr und mehr. Da plötzlich prasselte das Feuer in der Festung, welche der Stadt 8000 M. gekostet hatte, empor, und es erscholl ein Ruf und Geschrei des Jubels: Rinder und Erwachsene schleppen die Säulen der Festung herbei, um das Feuer zu nähren. Es brannte lichterloh, aber keine Polizei und dergleichen Hüter der Ordnung mischten sich in den Jubel des Volkes. Man hörte Rufe wie: Nieder mit der Monarchie! Nieder mit der Regierung! die das Blut des Volkes trinkt! Es lebe die Republik! — kurz, es war allgemeine Freude und Heiterkeit. — Da plötzlich züngelten Flammen aus dem Verwaltungsgebäude der Konvention, in der Nähe des Denkmals, hervor. Ein allgemeines Freudenrauschen war die Begrüßung dieser Erscheinung. Alles strömte dem Hause zu, auf der Straße sammelte, was dem Feuer Nahrung geben konnte. — Infolge der Konsumsteuer haben nämlich die Lebensmittel eine solche Steigerung erfahren, daß jetzt z. B. das Kilogramm Brot 45 Pfennig, das Kilogramm Fleisch 2,50 bis 3 Mark, Schinken das Kilogramm 5 Mark und darüber kostet. Die Noth nimmt bei dem geringen Verdienste, der großen Arbeitslosigkeit und den fast unerschwinglichen Lebensmittelpreisen eine solche Höhe an, daß für den Winter die ernstesten Zusammenstöße zwischen Volk und Regierung zu befürchten sind, wenn nicht schnelle und durchgreifende Maßregeln getroffen werden. Doch dazu ist die Aussicht bei der heutigen Regierung sehr schwach. — Mit dem Brennen des Verwaltungsgebäudes war doch allgemeine Zeichen gegeben — innerhalb einer halben Stunde brannten sämtliche Zollwächterhäuser an allen Enden der Stadt, und von der Alhambra gesehen, gleich die Stadt einem Feuermeer. Rufe: Es lebe die Revolution! Es lebe die Republik! ertönten überall. Der Unwille der ausgegrenzten Klassen richtete sich nur gegen die ihr verhassten Gebäude der Zollverwaltung und die Einrichtungen, welche zum Empfang der Königin bestimmt waren. Die städtische Polizei kümmerte sich um nichts und ließ die Menge ruhig gewähren, mochte sie noch so laut demonstrieren und die brennenden Häuser mit neuen Feuerstoff nähren. Eine derartige Demonstration, wie die gewesene, war eben allen erwünscht, die Feinde der gegenwärtigen Regierung sind. Erst als der allgemeine Sturm sich gelegt hatte, rückte eine Abteilung Gendarmen heran, um das vom Volk enthaltene Denkmal zu beschützen. Patrouillen durchritten die Stadt, aber nirgends das Publikum belästigend. Alle waren eben mit der Demonstration einverstanden, und aus dem Munde eines Gendarmen habe ich gehört, daß er die Demonstration für durchaus berechtigt halte und die Gendarmen nur Ordre habe, gegen größte Störungen und Beschädigungen einzuschreiten. Deshalb ist auch nirgends ein Zusammenstoß zwischen Gendarmen und Publikum eingetreten, nur eine ganz unbedeutende Verwundung soll stattgefunden haben. — Am Mitternacht war alles ruhig. Auch heute, am 3. November, ist alles still. Wie es heißt, soll der Gouverneur einen derben Verweis von dem Ministerpräsidenten wegen seiner Friedlichkeit empfangen haben. Dem letzteren wäre es natürlich erwünscht gewesen, wenn man gleich mit Kanonen und Kleinfeldstücken vorgezogen wäre. Die Bevölkerung ist mit der Haltung der Provinzialregierung durchaus zufrieden und der Gendarmen wurden und werden mannigfache Ovationen dargebracht. — Man ist allgemein der Ueberzeugung, daß dieser Anstand in Granada ein Weiteres zum Sturz der gegenwärtigen Regierung beitragen, und daß der Zusammenbruch die Schlußfeier der Gedenktage an die Entdeckung Amerikas sein wird. Verdient hat sie es redlich! —

**Amerikanische Präsidentenwahl.** Der Sieg des demokratischen Kandidaten Cleveland ist mit überwältigender Mehrheit erfolgt. Von den 444 Electoren (Wahlmännern) sind 277 für Cleveland, für Harrison 135, also nicht ganz die Hälfte, und 32 für Weaver, den Kandidaten der sogenannten „Volkspartei“, die keine ernsthafte Partei ist, sondern eine jener eintägigen Parteienbildungen, wie sie in Amerika so häufig vorkommen — Augenblicksparteien, die ebenso rasch verschwinden, als sie entstanden sind. Die sozialistische Kandidatur scheint keinen sie besüßenden Wahlmann gefunden zu haben. Das war zwar zu erwarten, ist aber doch traurig. Der Sieg Clevelands ist durch den Ausfall der Senatswahlen noch bedeutender und folgenreicher gemacht worden. Die Senatswahlen, die gleichzeitig mit der Präsidentenwahl stattfanden, sind für die Demokraten so günstig ausgefallen, daß die bisher unerschütterliche republikanische Majorität des Senats gesprengt und in die Minorität gebracht ist. Genauere Blicke über die Parteistärke sind allerdings noch nicht zu geben; die Thatsache selbst steht aber fest. Freilich, da auch die amerikanischen Demokraten nichts weniger als Feinde unserer Freiheitskämpfer sind, die überschüssigen Hoffnungen unserer Freiheitskämpfer und exportirlichen Fabrikanten nur in sehr bescheidenem Maße erfüllen. Cleveland tritt am 4. März des nächsten Jahres — 1893 — sein Amt an. —

## Parlamentarisches.

Abgeordnetenhaus.

2. Sitzung vom 10. November.  
Um 12 Uhr Mittags eröffnete Präsident von Köller die Sitzung mit geschäftlichen Mittheilungen. Darauf vollzieht das Haus die erforderlichen Wahlen. Aus demselben gehen hervor von Köller als Präsident, von Heeremann als erster und von Wenda als zweiter Vizepräsident.  
Nach der Wahl der Schriftführer und Quästoren erhält das Wort der  
Ministerpräsident Graf zu Eulenburg: Der Landtag ist so frühzeitig einberufen worden, um Zeit zu gewinnen für die Beratung der Reformvorlagen, die in der Thronrede angekündigt sind. Ich erlaube mir die Entwürfe vorzulegen und zwar eines Gesetzes, betreffend die Aufhebung von Staatssteuern, eines solchen betreffend eine Ergänzungsteuer, und eines Gesetzes betreffend die Kommunalabgaben, nebst Begründung, und eine allgemeine Denkschrift. Bei den Beratungen des Einkommensteuer-Gesetzes ist der Grundgedanke der Reformen dargelegt worden. Die Weiterführung der Steuerreform ist festgelegt durch den § 82, nach welchem die Mehreinnahme aus der Einkommensteuer verwendet werden soll zur Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden. Die Mehreinnahmen der Einkommensteuer ergeben 40 Mill. Mark und dadurch wäre die Möglichkeit gegeben, die Steuerreform zum Abschluß zu bringen. Unser sozialisches Steuerhystem krankt an der großen Belastung der Realsteuern, welche die Betroffenen in ungleichmäßiger und unbilliger Weise treffen und die besondere Heranziehung des fundierten Einkommens hindert; die Gemeinden werden dadurch hingedrängt zu Zuschlägen zur Einkommensteuer, statt zur Belastung des Realbesitzes. Das trifft zu bei der Grund- und Gebäude-, der Gewerbe- und der Bergwerkssteuer. Die Beseitigung dieses Uebelstandes läßt sich nur herbeiführen durch einen Verzicht des Staates auf diese 4 Steuern und die Einführung einer Steuer auf das fundierte Einkommen. Warum das letztere notwendig ist, werden Sie aus der Begründung des Gesetzesentwurfes erfahren. Die Steuer soll beschränkt werden auf  $\frac{1}{2}$  vom Tausend des nützlichen Vermögens. Die Ueberweisung der 4 Steuern, auf welche der Staat verzichtet, soll nicht zur Erleichterung der Steuerzahler, sondern zum Nutzen der Gemeinden erfolgen. Es soll nicht eine Ueberweisung der Steuern erfolgen, sondern eine Ueberweisung der Steuerquellen, so daß den Gemeinden in der Benutzung derselben eine freiere Bewegung gestattet ist. Es entfällt dadurch die schwierige Erörterung der Frage; an welche Gemeinden und nach welchem Maßstabe die Ueberweisung erfolgen soll. Das Kommunalabgaben-Gesetz soll die Aufgabe haben, durch stärkere Betonung des Grundbesitzes von Leistung und Gegenleistung den Bedarf an eigentlichen Gemeindefunktionen und die starke Belastung der Einkommensteuerschläge zu vermindern. Es ist aber nicht möglich, gleichzeitig mit dem Verzicht auf die Realsteuern auch die Veranlagungen auszugeben. Aus dem Grundsteuerkataster beruhen die ganzen Grundbücher. Daher muß an die Stelle der entrichteten die veranlagte Steuer treten; das kann um so eher geschehen, als die Einrichtung der Steuer nicht der Rechtsgrund, sondern nur die äußere Veranlassung der Rechte ist, welche auf dem Grundbesitz beruhen. Für die Wahltheilnahme ist eine andere Regelung notwendig und ich hoffe im Laufe der Session Ihnen eine Vorlage zu bringen, welche die nöthigen Änderungen trifft. Der Verzicht des Staates auf die Realsteuern beläuft sich auf eine Summe von rund 100 Millionen Mark, für welche der Staat die Deckung nicht entnehmen kann. Aus der Einkommensteuer sind 40 Millionen verfügbar. Zur weiteren Deckung bietet sich der Betrag aus der Ueberweisung aus den Getreide- und Viehsteuern. Die lux Quens war ein Nothbehelf bis zu dem Zeitpunkt, wo eine Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer erfolgen konnte. Das geschieht jetzt, deshalb brauche ich über das Gesetz kein Wort zu verlieren. Die Ueberweisungen dürfen sich nach Ermäßigung der Getreidezölle nur noch auf 30 Millionen Mark jährlich belaufen. Es bleiben also noch 30 Millionen Mark zu decken übrig, wofür die Ergänzungsteuer dienen soll. Die Entwürfe verdanke ich dem Finanzminister. Ich kann namens der Staatsregierung nur die Annahme der Entwürfe empfehlen. Es wird eine große Arbeit Ihnen zugemutet, aber die Vorlagen können nur dann von Erfolg begleitet sein, wenn ganze Arbeit gemacht wird. Bei Ihrer Bereitwilligkeit zur Mitwirkung bei schwierigen Arbeiten rechnen wir darauf, daß Sie Ihre Zustimmung nicht verweigern werden und ein Werk zu schaffen helfen werden, welches zum Wohle des Landes dienen soll. (Beifall rechts.)  
Der Präsident schlägt vor, die Vorlagen betreffend die Aufhebung von direkten Steuern und betreffend die Ergänzungsteuer zu verbinden, da beide Materien nicht getrennt werden könnten; das Kommunalabgabengesetz enthalte so viel steuerrechtliche Fragen, daß es wohl allein für sich behandelt werden müsse.  
Das Haus beschließt dagegen, die Denkschrift und das Ueberweisungs-gesetz zusammen zu verhandeln und über die anderen Vorlagen besonders zu beraten.  
Schluß 1 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag den 18. November, 11 Uhr. (Erste Beratung des Gesetzes betreffend die Aufhebung direkter Staatssteuern und Veranlagung der Denkschrift.)

3. Sitzung vom 10. November.

Das Haus verwies den Antrag Adickes betreffend Annahme eines Gesetzesentwurfes über die Erleichterung von Stadterweiterungen an eine besondere Kommission von 15 Mitgliedern. Ober-Bürgermeister Adickes, Frankfurt a. M. hatte zur Begründung seines Antrages ausgeführt, der Gesetzesentwurf begreife die Beseitigung der Hindernisse, welche einer rationellen Bedienung in den Städten entgegenstehen, durch Einführung eines Zusammenlegungsverfahrens für städtische Grundstücke nach Analogie des Zusammenlegungsverfahrens für ländliche Grundstücke. Er solle auch zur Beseitigung der Wohnungsnoth beitragen und sei von diesem sozialpolitischen Gesichtspunkt aus zu empfehlen.

## Parteinachrichten.

**Delegirtenwahlen zum Berliner Parteitage.** Wahlkreis Effen: C. Gerner. 2. sächsischer Wahlkreis (Dresden): Oswald Gottschall-Waagen. Wahlkreis Paris-Saargebiet: Storch-Bredow. Vödensteid und Renscheid: C. Meißner. Köln. 1. hannoverscher Wahlkreis (Gmunden-Vier-Norden) Gug-Bant.  
Gegen die Militärvorlage erklärten sich ferner Versammlungen in Rall und Renscheid (Referent Meißner-Köln), Kottbus (Ref. Wilson Geyer), Oggersheim (Ref. Ehrhardt-Ludwigshafen), Lambrecht (Ref. Huber-Ludwigshafen), Pirry (Ref. Storch-Bredow), Dessau (Ref. Schoeps), Wischreihe und Otzenen (Referent Mollenkub), Gaxden (Referent Klüh-Glasshagen), Vödensteid (Ref. Lehmann-Dorndorf), Leipzig-Connewitz (Ref. Geyer), Elberfeld (Ref. Garm), Erlangen (Ref. Segis-Fürth).  
Aus Braunschweig wird uns unterm 9. November geschrieben: Einen unerwarteten Abschluß fand die heute im Hofjäger-Parkgebäude stattgehabte Volksversammlung, in der zur neuen Militärvorlage Stellung genommen werden sollte. Der große Saal war überfüllt und die Anwesenden sollten den Ausführungen des Referenten, Genossen Gerich aus Berlin, lebhaften Beifall

Esse eine gegen den Militarismus im allgemeinen, und die neue Militärvorlage im besondern gerichtete Resolution zur Abstimmung gelangte, erhielt der Referent das Schlußwort, in dem er den Schwundel, der mit dem Nationalbegriff getrieben wird, gebührend kennzeichnete, was den überwachenden Beamten zu der Bemerkung veranlaßte: Diese Ausführungen gehören nicht zur Tagesordnung. Als Genosse Gerich diese Bemerkung unbeachtet ließ und der durch den Militarismus kultivierten Verachtung der Nationen die Verbrüderung derselben zu einer großen Völkergemeinschaft, wie sie die Sozialdemokratie erstrebt, gegenüberstellte, dabei hervorhebend, daß die auch vom Christenthum gepredigte allgemeine Menschenliebe nicht vor einem beliebigen Grenzpfahl Halt machen und sich in blutigen Haß verwandeln könne, erfolgte die Auflösung der Versammlung. Unter nicht enden wollenden Hochrufen auf die Sozialdemokratie und mit dem brausenden Gesänge der Marfaisaise gingen die Massen auseinander.

In Leipzig erklärte eine Versammlung der Parteigenossen des Ostbezirks, in welcher Buchwald-Altenburg und Frau Fhrer-Welten gesprochen hatten, es für die Pflicht eines jeden Sozialdemokraten, auch der Gewerkschaft seines Berufs beizutreten.

In Neumünster sprach am 7. November Genosse Panitzsch in einer Volksversammlung über das Thema: „Die Sozialdemokratie und der Meineid“. Die Versammlung stimmte seinen Ausführungen, die sich gegen die bekannten gegnerischen Verbündigungen richteten, voll und ganz bei und erklärte, daß es jedes Parteigenossen Pflicht ist, der Wahrheit die Ehre zu geben.

**Totenliste der Partei.** Gestorben in Posen der Buchbinder Brolewski.

**Polizeiliches, Gerichtliches etc.**

— Stefan Thiel, früherer Redakteur der „Gazeta Robotnicza“, ist in Königsbütte wegen Aufreizung verhaftet worden. Verschiedene Namensverzeichnisse, die man bei ihm vorfand, wurden beschlagnahmt.

— Wilhelm Gewehr, der bisherige verantwortliche Redakteur der „Elberfelder Freien Presse“, hat eine vierwöchentliche Gefängnisstrafe angetreten, die ihm wegen Beleidigung eines Polizisten auferlegt ist. Sein Besuch zur Strafausschub wurde abgelehnt. Erst 29. März d. J., dem Tage, an welchem Genosse Gewehr die Verantwortlichkeit übernahm, hat er bis jetzt nicht weniger denn 20 Anklagen zugestellt erhalten; von diesen sind erst 5 erledigt.

— Redakteur Karl Thiel in Breslau wurde, wie die „Volksrecht“ mittheilt, wegen angeblichen Blutschwachs in Untersuchungshaft genommen. Um nun nicht länger als nöthig im Gefängnis zubringen zu müssen, zog er die Revision zurück, welche er gegen seine wegen Majestätsbeleidigung erfolgte Verurteilung zu 9 Monaten Gefängnis eingelegt hatte, und trat diese Strafe sofort an. Bemerk sei noch, daß nach der „Volksrecht“ die Untersuchungshaft mit Rücksicht auf die Höhe der erkannten Strafe und wegen der Thatsache verhängt wurde, daß Thiel zur Zeit nicht mehr verantwortlicher Redakteur der „Volksrecht“ ist, sich früher im Ausland aufgehalten hat, und zwar verheiratet ist, aber in kinderloser Ehe lebt.

## Soziale Uebersicht.

**An die gewerblichen Arbeiter Berlins!**  
Um die Verhältnisse der Allgemeinen Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen (fr. Arbeiter-Rasse) klarlegen zu können, sowie um das Verhalten des Kassenvorstandes gegenüber unterzeichneter Kommission zu beleuchten, findet am Sonntag, den 13. November 1892, Vormittags 11 Uhr, bei Jos. Androsch, 21, eine Protestversammlung sämtlicher Mitglieder statt. Es ist dringend notwendig, daß jeder, der obiger Rasse angehört, zu seinem eigenen Vortheil dort erscheint.  
Die Krankenkassen-Kommission der Buchdrucker-, Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnen.  
J. A.: O. Reich, Sorauerstr. 5.

**Dachdecker Berlins und Umgegend!**  
Wir machen Euch hiermit darauf aufmerksam, daß wir in Kürze eine öffentliche Versammlung einberufen werden, in der gegen die Auffassung des Dachdeckers Reichel als Kandidaten zum Gewerbegericht Stellung genommen werden soll. Seid in dieser Versammlung, die rechtzeitig im „Vorwärts“ annoncirt werden wird, sämmtlich am Platze!  
August Reuter, Wipfstr. 32.  
August Peter, Raunigstr. 5.  
Hermann Bloß, Gr. Frankfurterstr. 43.

**An die Möbelpolirer Berlins und Umgegend!**  
Kollegen! Anfang vorigen Monats wurde vom Vorstand und der Sachkommission des Verbandes der Möbelpolirer Berlins und Umgegend ein Fragebogen zur Ermittlung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Möbelpolirer, sowie der sanitären Zustände in Fabriken und Werkstätten ausgegeben und den Kollegen zur Beantwortung zugestellt. Wir können konstatiren, daß die ausgegebenen Fragebogen bis auf einige uns gewissenhaft ausgefüllt wieder zugestellt worden sind. Da sich aber herausstellte, daß auf einer großen Zahl von Fabriken und Werkstätten, wo Möbelpolirer arbeiten, diese noch keinen Fragebogen empfangen resp. abgeholt haben, so werden hiermit alle Kollegen ersucht, dieses nunmehr zu thun. Wir bitten hierbei unsere verwandten Berufsgenossen, die Tischler, für diese Sache gemeinschaftlich mit thätig zu sein, indem sie die mit ihnen zusammenarbeitenden Möbelpolirer ersuchen, das Verfaßte nachzuholen und sie zur Ausfüllung der Fragebogen veranlassen, denn der Zweck ist ein guter und liegt im beiderseitigen Interesse. Von einer Zusendung der Fragebogen müssen wir der gewissenhaften Ausfüllung wegen sowie um für die Betreffenden etwaige wirtschaftliche Nachteile zu vermeiden, Abstand nehmen. Die Fragebogen werden ausgegeben zu jeder Tageszeit bei Herrn J. Henke, Blumenstr. 38, an jedem Jahrsabende (nächster am 12. und 26. November) in den Jahrszeiten: bei Herrn Gde, Zehdenstr. 2; bei Herrn J. Henke, Blumenstr. 38; bei Herrn Mohn, Oranienstr. 197. Außerdem gelangen die Fragebogen zur Ausgabe in der öffentlichen Versammlung der Möbelpolirer am Sonntag, den 13. November, Abends 7/7 Uhr, im Lokal Androschstr. 26 und in der außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes am Montag, den 21. November, Abends 8 Uhr, im selben Lokale. Nach dem 26. November werden Fragebogen nicht mehr ausgegeben. Gleichzeitig werden alle Kollegen ersucht, in obigen Versammlungen zu erscheinen, da unser Kollege Paul Pfund als Delegirter zum Parteitag nach hier kommt und in obigen Versammlungen Vorträge über die gewerblichen Verhältnisse Sachsens, speziell in unserer Branche, zu halten gedenkt. Wir empfehlen noch zu unentgeltlicher Benutzung unserer Arbeitsnachweis-Blumenstr. 38 bei Henke und Oranienstr. 197 bei Mohn, welcher zur Adressenaahme den ganzen Tag und zur Adressenausgabe von 9—10 Uhr früh, sowie von 4—5 Uhr Nachmittags geöffnet ist.  
Mit kollegialem Gruß  
Der Vorstand des Verbandes der Möbelpolirer Berlins und Umgegend.  
J. A.: Robert Weber, Vorsitzender, NO., Hiebertstr. 6.







## Kommunales.

### Stadtvorordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 10. November, Nachmittags 5 Uhr.

In den Ausschuss zur Vorberatung des Antrags Jadel, betr. die Umgestaltung der Heimstätte für genesende Wöchnerinnen, ist auch der Antragsteller gewählt worden; Vorsitzender ist Dr. Langerhans.

Auf Grund eines dringlichen Antrages des Magistrats wird beschlossen, für die Vorbereitung der Wohl der Mitglieder und Sachverwalter des Steueraussschusses der Gewerbesteuerklasse I (jährliches Einkommen über 50 000 M.) eine gemischte Deputation bestehend aus 10 Stadtvorordneten und 5 Magistratsmitgliedern einzusetzen. Da der Bericht über das Wahlergebnis schon am 15. d. M. in den Händen des Oberpräsidenten sein soll, wird die Wahl der Mitglieder der Versammlung dem Vorstand überlassen. Zu den vom Vorstand Ausgewählten gehört auch der Stadtv. Singer.

Der Ausschuss für die Vorberatung des Antrags Stadthagen u. Gen., betreffend die Schaffung von Einrichtungen zur Unternehmung und dauernden Überwachung des Gesundheitszustandes der Gemeindeglieder hat nach einer Erörterung, die im wesentlichen nur eine Wiederholung der ersten Beratung im Plenum darstellt, sämtliche Anträge auf einfache oder motivierte Tagesordnung, einen Antrag auf Ueberweisung an den Magistrat zur Vorprüfung durch die Deputation für öffentliche Gesundheitspflege und endlich auch den Antrag selbst abgelehnt. Ueber die Verhandlungen des Ausschusses hat Stadtv. Schwalbe einen schriftlichen Bericht erstattet, welcher schon auf der Tagesordnung der vorigen Sitzung fand, damals aber auf Wunsch des Antragstellers abgesetzt wurde.

Zur heutigen Beratung liegt ein Antrag Vincussohn vor, den Antrag Stadthagen dem Magistrat zu überweisen, damit dieser eine Vorprüfung desselben durch die Gesundheitsdeputation veranlasse und event. auf Grund derselben der Versammlung eine Vorlage mache.

Der Antragsteller, der zur gründlichen Wahrnehmung der Schulhygiene die gegenwärtigen städtischen Einrichtungen nicht genügen, sondern daß zu diesem Zwecke Schulkommissionen (Gesundheitsämter), bestehend aus Lehrern, Schullehrern und Ärzten, und besondere Schulkommissionen einsetzen sind, lehnt der Ausschuss die Meinung entgegen, daß eine solche neue Organisation überflüssig sei, da der Gesundheitszustand der Schüler kein mißlicher sei, auch dem Kräfte jeder Einrichtung in die inneren Verhältnisse der Schule unterstellt bleiben müsse, wenn nicht die Disziplin in der Schule untergraben werden solle. Die allgemeine ärztliche Überwachung, wie sie jetzt vorhanden sei, genüge vollkommen.

Stadtv. Vincussohn betont zunächst, wie auffällig es sei, daß fast alle Pädagogen sich energisch gegen den Antrag sträubten, während fast alle Kräfte die Einrichtung des Instituts der Schulkommissionen aufs wärmste befürworteten, wie auch die wissenschaftliche Deputation für das Medizinalewesen in Preußen sich 1888 für eine vermehrte ärztliche Aufsicht der Schulen ausgesprochen habe. Nach der Stadtschulrath Vertram habe auf dem Kongresse in Hannover 1894 sich wesentlich zusammen zu den Vorberathungen für Erweiterung der Schulhygiene gedrängt. Bei der Wichtigkeit der Sache sei daher die Ergründung eines Gutachtens über den Antrag durch die Deputation für Gesundheitspflege geboten.

Stadtvorordneter Stadthagen: Ich bitte Sie, prinzipiell für meinen Antrag und nur schlüssigen Falls für den Antrag Vincussohn zu stimmen. Daß aus der Kommission gar nichts herausgekommen ist, liegt daran, daß die Reihenfolge der Abstimmung dort wohl nicht zweckentsprechend vorgenommen wurde. Für unsere heutige Entscheidung kommt es lediglich auf die sachlichen Gründe an. Da bitte ich vor allem zu beachten, daß es sich durchaus nicht mehr darum handelt, ob Schulkommissionen, ob Pädagogen die Angelegenheit in die Hände bekommen sollen. Seit Jahrzehnten, von Virchow schon 1890, ist die Nothwendigkeit betont worden, daß die Kräfte sich der Sache annehmen müssen. Auf einer ganzen Reihe internationaler Kongresse, in Genf, Wien, Hannover, 1890 in Berlin, hat man dieselbe Forderung erhoben, und jedenfalls ist keine Stimme dagegen laut geworden, daß die Feststellung und Überwachung des Gesundheitszustandes der Schüler ein Bedürfnis sei. Nur über die Mittel und Wege in Meinungsvorchiedenheit, hier ist die Eifersucht zwischen Medizinern und Pädagogen entstanden. Seitdem die wissenschaftliche Medizinaledeputation 1888 ihr Gutachten in dem Sinne abgegeben, daß die größere Beteiligung der Kräfte bei der Schulaufsicht dazu dienen solle, die durch die Schule für die Gesundheit der Schüler etwa hervorgerufenen Schäden im allgemeinen

weiter zu erforschen, zeigt es sich häßlich, daß es allein zweckmäßig ist, wenn Kräfte und Lehrer und Laien zusammenwirken. Um etwas weiteres bitten wir ja nicht, als daß Sie dem eben zitierten Grundsatze gemäß den Gesundheitszustand feststellen und überwachen lassen; welche Resultate folgen werden, ist eine ganz andere Frage. Wenn sie dem Antrag widerstreben, weil man auf diesem Wege wirklich dazu kommen könnte, zu erkennen, die Gesundheitszustände seien die Folge der sozialen Mißstände, so äßen Sie eine Kritik an Ihrer Gesellschaftsordnung, wie sie stärker nicht gedacht werden kann und wie sie sehr berechtigt wäre. Die deutsche Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege beschäftigt sich jahraus jahrein mit diesen Fragen in unserem Sinne, und ihr wird man doch nicht übertriebene Forderungen oder einseitige politische Tendenzen nachsagen. Wir stellen ja nun dem Magistrat vollständig anheim, wie er die Einrichtung schaffen will. Nach meiner Ansicht müssen es Kommissionen sein, welche die Bauten, die inneren Einrichtungen der Schulen, auch die Lehrpläne in den Kreis ihrer Untersuchungen zu ziehen haben. Denn auch durch einen ungewöhnlichen Lehrplan, der etwa von kleinen Kindern eine stündige Haltung während 3-4 Stunden hinführen verlangt, wird die Gesundheit der Schüler beeinträchtigt. Die Schuldeputation, auf die man uns verweist, hat mit der Sache nichts zu thun und ist auch viel zu überlastet; die Gesundheitspflege-Deputation ist damit auch nicht besetzt und überdies im vorigen Jahre bloß zweimal zusammengetreten. Die Schuldeputation sagt uns einfach: der Gesundheitszustand der Schüler ist ein guter, das behaupte ich und damit müßt ihr euch begnügen. Diese Argumentation läßt man doch sonst hier nicht gelten; es wäre ja dasselbe, als wenn uns etwa die Militärbehörde sagte, Mißhandlungen von Soldaten dürfen nicht vorkommen und kommen also auch nicht vor. Ich erinnere bloß an die Luftheizungs-Affäre, die noch nicht überwunden ist. Ein solches Prinzip ist also bei gut geführter Verwaltung unzulässig, am wenigsten in der Selbstverwaltung. Der fernere Einwand, daß die Familien mit der Erneuerung nicht zufrieden sein müßten, ist ganz hinfällig. Nach allen Berichten der Kräfte sind die Eltern stets auf diesem Gebiete mit größter Bereitwilligkeit entgegengekommen, weil sie fühlen, in welchem gedeihlichen Zwecke die Unternehmung erfolgt. Der Haupteinwand, daß nur der Staat zuständig sei, weil er den Schulzwang eingeführt habe, führt in seiner Konsequenz zur Beseitigung des Gemeinde-Schulwesens überhaupt. Der Standpunkt ist aber an sich ein falscher. Die Gesetze müssen ausgeführt werden, die Gemeinde-Schulen werden nicht vom Staat, sondern von den Kommunen unterhalten. Aber selbst wenn der Staat diese Pflicht hätte, was schadet es, wenn die Stadt anstatt des Staates eine solche moralische Verpflichtung übernimmt? Stichtätige Gründe gegen die Ziele des Antrages sind also nicht vorhanden. Der schon erwähnte Grund, daß man auf diesem Wege vielleicht zu dem Ergebnis kommen könnte, daß die sozialen Mißstände an den gesundheitlichen Mißständen schuld seien, deutet die wahre Ursache einer etwaigen Ablehnung an: Sie sind nicht im Stande, innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung Abhilfe zu schaffen!

Stadtschulrath Vertram: Der Antragsteller hat die angeleglichen Uebelstände nicht angeführt, sondern verlangt, daß eine Kommission sie erst aufsuchen soll (Widerpruch). Der Antrag enthält ein direktes Mißtrauensvotum gegen die Schuldeputation. Diese arbeitet seit 68 Jahren, und sie arbeitet im Lichte der Sonne, denn 12 Stadtvorordnete gehören ihr an; sie wird kontrolliert durch die Versammlung. Fast sämtliche Berliner Gemeindeglieder sind in eigenen Schulhäusern untergebracht; gesunde Häuser sind die Grundbedingung der Hygiene. Das Turnen ist auf allen Stufen obligatorisch eingeführt; die Reinigung der Schulräume wird gründlicher und häufiger vorgenommen. Alle derartigen Bestrebungen sind doch auf die Hygiene gerichtet. Was soll es nun nach außen für einen Eindruck machen, eine Kommission einzusetzen, die vielleicht nicht aus Sachverständigen bestehen würde, aber sachverständiger arbeiten soll als die Schuldeputation? Das Regiment in der Schule muß schließlich doch dem Pädagogen bleiben. Ist doch auch den Geistlichen nicht die Aufsicht des Religionsunterrichts in den Schulen befallen worden. (Unterbrechung.) Der Widerspruch auf dem Kongresse in Hannover ist unter ganz anderen Verhältnissen von mir gethan worden. Die Stellungnahme der wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalewesen habe ich meinerseits als eine richtige nie anerkannt können.

Stadtv. Straßmann erklärt vom Standpunkt der Gesundheitsdeputation den Antrag ebenfalls für überflüssig. Die Schulfrage sei noch lange nicht abgeschlossen, die Meinungen über den Umpfer der Kräfte, über die beste Form der Substitution seien bei den Kräften selbst noch durchaus streitig. Nur in einem Punkte sei Uebereinstimmung, nämlich darin, die

Kräfte mehr als bisher an der Schulaufsicht zu betheiligen. Das werde erreicht durch die stärkere Entsendung von Kräfte aus der Versammlung in die Deputation.

Stadtv. Cassel tritt für den Antrag Vincussohn ein. Die Uebelstände, welche sich im Gefolge der Luftheizung in den Schulen herausstellten, wären nicht eingetreten, wenn eine genügende ärztliche Kontrolle vorhanden war. Mit den Gründen des Stadtschulraths könne man jede zweckmäßige Erneuerung hinterzuziehen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Stadtv. Singer erklärt, daß er, da die Abstimmung über den Antrag Vincussohn zuerst erfolge, für diesen Antrag stimmen müsse und werde, ohne deshalb den Antrag Stadthagen irgendwie vorzuleugnen zu wollen.

Stadtv. Stadthagen bestreitet, eine Aeußerung derart gethan zu haben, wie sie der Stadtschulrath im Anfang seiner Erwiderung ihm in den Mund gelegt habe.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Vincussohn mit 60 gegen 55 Stimmen angenommen.

In der Ausschussberatung ist die Magistratsvorlage, wonach auf der Mühlendammbücke die Standbilder der Markgrafen Johann I. und Otto III. errichtet werden sollten, abgelehnt worden. Der Ausschuss schlägt dagegen vor, den Magistrat zu ersuchen, auf der betreffenden Stelle symbolische Darstellungen der Städte Berlin und Köln zu errichten und zur Erlangung geeigneter Modelle eine engere Konkurrenz unter den hiesigen Bildhauern auszusprechen.

Die Vorlage wird nach längerer Debatte auf Antrag Langerhans zur nochmaligen Beratung einer gemischten Deputation überwiesen.

Die Magistratsvorlage, betreffend die Aufnahme einer gewissen der Koloniestraße und der Straße 69 parallel der Soldinerstraße belegenden neuen Straße in die Abtheilung X<sup>2</sup> des Bebauungsplans ist in der Ausschussberatung angenommen worden; es sollen danach nach Maßgabe des vorgelegten Projekts Fluchtlinien für die auf dem Terrain der Immobilien-Verkehrsbank projektierten neuen Straße 80a unter den bisher, für solche Anlagen festgehaltenen Bedingungen zur Feststellung gelangen. Die Vorlage wird ohne Debatte genehmigt.

Der Stadtv. Kollmann, unterstützt von 57 Genossen, hat folgenden Antrag eingebracht:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, ihr baldigst eine Vorlage über die Durchführung der Pferdebahn über die Straße Unter den Linden zu machen.

Der Antragsteller bittet die Versammlung unter Hinweis darauf, daß jetzt die Charlottenstraße vollständig durchgeleitet und so eine neue Verbindung mit dem Weidenbaum geschaffen sei, die Schwierigkeiten der Ueberführung somit bedeutend geringer geworden seien, um Annahme seines Antrages.

Stadtv. Singer: Ich möchte die Gelegenheit benutzen, bei der Besprechung dieses Antrages, mit dessen Tendenz ich ganz einverstanden bin, an den Magistrat die Bitte zu richten, für den Fall, daß eine solche Pferdebahn angelegt wird, sie in eigene städtische Regie zu nehmen (Widerspruch) und nicht der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft zu überlassen. Gerade der jetzige Moment ist ungemein geeignet, diese Forderung zu erheben, wo diese Gesellschaft so umfangreiches Material bietet zu einer Beurteilung, die dahin führen muß, ihre nicht noch weitere Konzessionen zu verleihen. Ich richte gleichzeitig das dringende Ersuchen an den Magistrat, die ihm in dem Vertrage mit der Gesellschaft noch verbliebenen, leider nicht sehr werthvollen Rechte zu benutzen, um dafür zu sorgen, daß die innerhalb der Gesellschaft vorhandenen und in der Presse und zahlreichen Versammlungen widerspruchsvoll hervorgehobenen Mißstände beseitigt werden. Ich erinnere daran, daß bei dieser Gesellschaft, welche trotz großer Abschreibungen 11-19 pCt. Dividende vertheilt, die Leute theilweise eine Arbeitszeit haben, welche jedem menschlichen Gefühl Hohn spricht. Schaffner und Kutscher müssen 15 Stunden arbeiten und ihr Mittagbrot in einer Pause von 6-8 Minuten einnehmen (Unruhe; Aufse: Zur Sache!). Diese Zustände sind oft besprochen, könnten Ihnen allen bekannt sein und für mich nur daraus erklärt, daß die Gesellschaft größeren Werth darauf legt, hohe Dividenden zu vertheilen, als ihre Leute menschlich zu behandeln. Ein Unternehmen wie dieses, welches durch die Benutzung städtischer Straßen und Plätze aus dem einen Privatbetrieb heraustritt, legt der Verwaltung die Pflicht auf, sich um diese Verhältnisse zu kümmern, und den Magistrat darum zu ersuchen bezweckt meine Anregung. Wenn er diese Verhältnisse ändert, wird er dazu kommen, auf eine Aenderung zu dringen, oder von seinem Recht — wie ich meine: seine Pflicht — Gebrauch machen, neue Konzessionen nicht eher zu geben, bis Zustände herbeigeführt sind, die nicht bloß die Vertheilung hoher Dividenden, sondern auch eine menschenwürdige Existenz der Angestellten ermöglichen.

## Die Waffen nieder!

70

Eine Lebensgeschichte von Bertha von Suttner.

Die Physiognomie der Stadt Paris und ihrer Einwohner verändert sich. Statt der stolzen, prahlreichen, kampfbereiten Laune tritt Bestürzung und grimmiger Zorn ein. Immer mehr verbreitet sich das Gefühl, daß eine Pandalohorde über das Land niedergegangen — etwas Schreckhaftes, Unerhörtes, wie etwa eine Feinschneckenwolke oder sonst eine Naturplage. Daß sie mit ihrer Kriegserklärung diese Plage selber heraufbeschworen, daß sie dieselbe für unerträglich hielten, — damit ja nicht etwa ein Hohenzollern in ferner Zukunft auf die Idee kommen könne, um den spanischen Thron zu werben — das hatten sie vergessen. Ueber den Grund kommen entsetzliche Märsche in Umlauf. „Die Mlanen, die Mlanen“: das hat einen phantastisch-dämonischen Klang, beinahe als hiesse es „das wilde Heer“. In der Einbildung der Leute nimmt diese Truppengattung ein teuflisches Wesen an. Wo immer von der deutschen Kavallerie ein lächerlicher Streich ausgeführt wird, wird er den Mlanen zugeschrieben — eine Art Halbmenschen, ohne Sold, darauf angewiesen, von Bente zu leben. Neben den Schauergerüchten entstehen aber auch wieder Triumphgerüchte. Das Erfolgsverlögen geht mit zu den Chauvinistenpflichten. Natürlich: der Mensch muß aufrecht erhalten werden. Das Gebot der Wahrheit — wie so viele andere Sittengebote — verliert seine Gültigkeit im Kriege. Aus der Zeitung „Le Volontaire“ diktierte mir Friedrich folgende Stelle für meine rothen Tafel:

Bis zum 16. August haben die Deutschen schon 144 000 Mann verloren, der Rest ist dem Verhungern nahe. Aus Deutschland ziehen die letzten Reserven herbei, „la landwehr et la landsturm“; alte Männer von 60 Jahren mit Feuerstingergewehren, an der rechten Seite eine ungeheure

Tabatsdose, an der linken eine noch größere Schnapsflasche, im Munde eine lange thönerne Pfeife; kuschend unter der Last des Tornisters, auf welchem die Kaffeemühle und in welchem der Fieberthee nicht fehlen darf, ziehen sie hüstend und sich schneuzend vom rechten an das linke Rheinufer, Diejenigen versuchend, welche sie den Umarmungen ihrer Enkel entzissen haben, um sie dem sicheren Tode entgegen zu führen.“ — Was die deutschseits gebrachten Siegesnachrichten anbelangt — so sind dies die bekannten preussischen Lügen.

Am 20. August verkündet Graf Palikao in der Kammer, daß drei gegen Bazaine vereinte Armeekorps in die Steinbrüche von Jaumont geworfen wurden. (Sehr gut! Sehr gut!) Zwar weiß Niemand, was das für Steinbrüche seien, und wo selbe gelegen sind; und wie sich die drei Armeekorps darin verhalten, das macht sich auch niemand klar; aber von Mund zu Mund geht die frohe Botschaft: „Sie wissen schon? . . . In den Steinbrüchen . . .“ — „Ja, ja, von Jaumont.“ Keiner äußert einen Zweifel oder eine Frage; es ist, als ob alle aus der Gegend von Jaumont gebürtig wären und die armeeverschlagenden Steinbrüche so gut kennen, wie ihre Tasche. Um diese Zeit tauchte auch das Gerücht auf, der König von Preußen sei aus Verzweiflung über den Zustand seines Heeres verückt geworden.

Man hört nur noch Ungeheuerlichkeiten. Die Aufregung, das Fieber der Bevölkerung nimmt ständlich zu. Der Krieg „la-bas“ hat aufgehört, als Waffen-Spaziergang betrachtet zu werden; man fühlt, daß die losgelassenen Gewalten jetzt Furchtbares über die Welt bringen — es ist nur noch von vernichteten Heeren, von wahnsinnigen Führern, von teuflischen Horden, von Kampf bis auf's Messer die Rede. Ich höre es donnern und grollen — was sich da erhebt, ist der Sturm der Wuth und der Verzweiflung. Der Kampf um Bazaille bei Metz wird ge-

schildert, als wären dort von den Bayern die unmenschlichsten Greuel verübt worden.

„Glaubst Du das,“ fragte ich Friedrich, „glaubst Du das von den gutmüthigen Bayern?“

„Es mag ja sein. Ob Bayer oder Turko, ob Deutscher, Franzose oder Judianer: der sich seines Lebens wehrende und zum Tödteten ausholende Krieger hat allemal aufgehört, „menschlich“ zu sein. Was in ihm geweckt und gewaltsam aufgeschloßt worden, ist ja eben die Bestie.“

Metz gefallen . . . So lautete an jenem Tage die zwar noch verführte aber einige Zeit später doch zur Wahrheit gewordene Nachricht, die in der Stadt wie ein einziger großer Schreckensschrei widerhallte.

Wir ist die Nachricht von der Einnahme einer Festung eher eine Erleichterung bringende Botschaft; denn ich denke: das giebt doch eine Entscheidung. Und danach nur — daß die blutige Partie a u s sei — nur danach geht mein Sehnen. Aber nein: nichts ist noch entschieden — es sind ja noch mehr Festungen da. Nach einer Niederlage heißt es nur, sich aufraffen und doppelt kräftig entgegenzuhalten — das Glück der Waffen kann ja wechseln. Ja wohl, bald dort, bald hier kann der Vortheil sein; wäre dabei nur nicht auf beiden Seiten der sichere Jammer, der sichere Tod.

Trochu fühlte sich veranlaßt, den Muth der Bevölkerung durch eine neue Proklamation zu heben und beruft sich darin auf einen Wahlspruch der Bretagne: „Mit Gottes Hilfe für das Vaterland“. Das klingt mir nicht eben neu — ich muß ähnlichen schon in anderen Proklamationen begegnet sein. Es verfehlt eben seine Wirkung nicht: die Leute sind begeistert. Jetzt heißt es, Paris in eine Festung umzuwandeln.

(Fortsetzung folgt.)



Der Antrag geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern. Für die schlanke Herstellung von Gartenanlagen auf dem Arminiusplatz vor der Markthalle X in Moabit werden 17 000 M. aus den Ueberschüssen des Jahres 1891/92 bewilligt.

Die Beantwortung der Anfrage der Stadtverordneten Dinsch und Genossen, betr. die etwaige Veranstaltung einer Berliner Gewerbe-Ausstellung wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Einige kleinere Vorlagen, betr. Bau-Abnahmen und Veränderungen von städtischen Parzellen werden genehmigt.

Auf die am 27. Oktober vom Stadtv. Meyer I u. Gen. an den Magistrat gerichtete Anfrage, nach welchen Grundsätzen die Uebertragung der Lieferung von Brennmaterialien bisher erfolgt ist, und welche Grundsätze bisher bezüglich der für vertragsmäßige Lieferung zu bestellenden Kaution Anwendung gefunden haben, ist vom Magistrat eine ausführliche Denkschrift vorgelegt worden, welche über die Beschaffung und Vergebung des für die Gemeindeverwaltung erforderlichen Brennholzes resp. der erforderlichen Quantitäten von Stein- und Braunkohle Auskunft giebt und feststellt, daß Beschwerden wegen Bevorzugung oder Zurücksetzung einzelner Lieferanten niemals erhoben worden sind. Nur einmal habe ein Gesuch um Herabsetzung der Kaution vorgelegen. Eine abschließliche Bevorzugung oder Zurücksetzung irgend eines Lieferanten habe niemals stattgefunden.

Die Versammlung nimmt den Bericht zur Kenntnis, nachdem Stadtv. Langerhans seiner Freude Ausdruck gegeben hat, daß die Denkschrift einm. der verdienstlichen Stadträte eine Genehmigung verschaffe.

Schluss 9 Uhr.

## Lokales.

Das Oetzkant zur Errichtung eines Gewerbegerichts für Berlin hat die Genehmigung des Ober-Präsidenten erhalten. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens ist seitens des Magistrats der 1. April 1893 in Aussicht genommen. Die ausführenden Behörden dürfen keine Zeit verlieren, da die umfangreichen Vorarbeiten unter Einhaltung aller Fristen mindestens 17 Wochen in Anspruch nehmen. Zur Ausführung der Wahlkreise ist beabsichtigt, in jedem der sechs Berliner Reichstags-Wahlkreise ein Bureau zu eröffnen, wo die Unternehmer und Arbeiter der betreffenden Kreise ihre Eintragung in die Liste bewirken können. Das Letztere dürfte sich für den vierten und sechsten Wahlkreis wegen deren Größe als unzulänglich erweisen, weshalb es sich wohl empfehlen wird, für Moabit, Wedding, Gesundbrunnen, Schöneberg, Prenzlauer Berg und Südost besonders Bureaus zu etablieren. Die Agitation und Erziehung seitens der Gewerkschaften dürfte sich nannmehr lebhafter gestalten.

Krankenkassenwesen. Auf Grund des § 75a des Krankenversicherungs-Gesetzes ist der am 21. März 1888 als eingeschriebene Hilfskasse zugelassene „Kranken- und Sterbefälle des Vereins der Kutsher zu Berlin“ vom Minister für Handel und Gewerbe die Bescheinigung erteilt worden, daß sie vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügt.

Der „Berliner Börsen-Courier“ hat die Unvorsichtigkeit, gelegentlich einer Berichterstattung des neuesten Ergebnisses von Paul Lindau, von einer „Preßhebe“ gegen Lindau zu sprechen. Wir meinen, das Wort der Preßhebe, an welchem der gestimmte, tüchtige Chronist Klausner Mitarbeiter ist, hätte allen Grund, den Schleier nicht wieder zu lüften, der seiner Zeit von Franz Mehring mit unerschrockener Faust von den unerquicklichsten Dingen hinweggerissen wurde. Die damals so schonungslos geäußerten Leute haben die Unerschämtheit, nach zwei kurzen Jahren schon von einer „Preßhebe“ gegen Lindau zu reden und den neuen Roman des Herrn Lindau als das Produkt jener „Preßhebe“, wie der „Courier“ sich ausdrückt, als einen Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft“, hinzustellen.

Da hat ja noch der neue Daudichter der Reichshallen, Herr Lindau selber mehr Ehre imelde, als seine Handlanger in der Reklame. Herr Lindau hielt es damals für gerathen, zunächst auf einige Jahre zu verdrücken, nachdem er seine Heldenthaten ans Licht der Öffentlichkeit gezogen sah. Die mit ihm gebrauchten Leute aber trüben schon jetzt aus den dunklen Höhlen hervor, die ihre literarischen „Werke“ so sorglich mit dem Mantel der Liebe verhüllt. Ist denn kein Daberg da, der den Kampfen des Welters der niedrigsten Pornographie und der literarischen Prostitution den nötigen Fußtritt verleiht?

Wenn man diese Sorte von Literatur verhinnein will, nur zu! Auf die Beachtung der anständigen Menschen wird man dabei verzichten müssen. Aber von „Preßhebe“ gegen Herrn Lindau soll man nicht reden. Der „Börsen-Courier“ wird doch noch wissen, daß es keine Preßhebe war, welche Franz Mehring mit jenem hatte, sondern eine einfache Jüchtigkeit, die Herr Lindau sich als wohlverdient unerwidert gefallen ließ.

„Schiebungen, nicht als Schiebungen“ sind es, auf denen die famose Monarch-Gründung beruht. Wie unter anderem in der gestrigen Gläubigerversammlung bekannt wurde, soll die gesamte Einrichtung der Establishments, von den Unternehmern um die Summe von 1 200 000 M. erworben, einen realen Werth von nur 200 000 M. repräsentieren. Ein Herr Röhrs, v. W. streicht von seiner Rechnung über 800 000 M. ruhig 300 000 M. ab, als man ihn auf das „Unsinntige“ der Liquidation aufmerksam macht. — Nach diesem Vorgang darf man auf die weiteren Enthüllungen über dieses Unternehmen mit Recht gespannt sein, das sich einer echten tin de sibele Gründung würdig zeigt.

Die Agitation unter den Angestellten der hiesigen Verkehrs-Gesellschaft hat zur Folge gehabt, daß gar mancher Widerspruch an's Tageslicht gezogen worden ist, unter welchem die Angestellten zu leiden haben, von welchem das große Publikum bisher keine Ahnung gehabt hat. Im Verhältnis wenig ist von der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft zu hören gewesen. Das liegt daran, daß die Angestellten dieser Gesellschaft sich nicht kräftig genug an der Agitation betheiligen haben und sich vielmehr auf nicht betheiligen konnten, denn dort giebt's einen Normalarbeitstag, der 18—19 Stunden dauert! Die Gesellschaft zählt den Aktionären ca. 12 St. Dividende und läßt ihre Bediensteten 18—19 Stunden täglich arbeiten. Daß die Leute dann keine Lust mehr haben, Versammlungen zu besuchen, ist erklärlich, sie haben beinahe alles Interesse an den öffentlichen Tagesfragen verloren.

Die Gesellschaft unterhält 6 Depots, deren jedes von einem Inspektor verwaltet wird. Derselbe besitzt unbeschränkte Vollmacht, er ist der Alleinherrschende in seinem Depot. Er hat das Recht, selbständig Leute einzustellen und zu entlassen. Er bestimmt die freien Tage ziemlich willkürlich, was zu manchen Unzuträglichkeiten führt. Es ist vorgekommen, daß mancher Kutscher oder Schaffner zehn bis zwölf Tage fahren mußte, ehe er einen Feiertag bewilligt erhält, während manch anderer schon alle drei bis vier Tage einen Tag frei bekommt. Die Direktion kümmert sich um solche Sachen gar nicht, sie überläßt alles dem allmächtigen Inspektor. Bei den Pferdebahnen ist das anders, da werden die Depots mit „von oben“ verwaltet. Die Direktion der Omnibus-Gesellschaft untersucht nur, ob die vom Inspektor dekretirte Entlassung begründet ist: wer entlassen wird, muß eben gehen, für ihn giebt es keine weitere Prüfung.

Wir führen folgenden Fall an: In einem der letzten Morgen wurde von dem Inspektor des Depots in der Marienburgerstraße ein Schaffner entlassen. Die übrigen Schaffner waren eben zum „Appell“ angetreten, als der Betreffende erschien. Auf seinen Gruß erhielt er zur Antwort: Sie sind entlassen. Auf die Erwiderung, daß die Zeit kaum um eine halbe Minute verstrichen worden sei, erhielt er die Beisung, sofort seine Sachen abzugeben. Wohl oder übel mußte dieser Beisung Folge gegeben werden. Als dann später alle Wagen vom Hofe gefahren waren, begab sich der Entlassene nochmals zum Inspektor, um um gut Wetter zu bitten. Es blieb aber bei der Entlassung: Was ich gesagt habe, habe ich gesagt, Sie taugen nicht für unser Geschäft, geben Sie doch wieder dahin, wo Sie früher waren. Der Entlassene war 3 Jahre Schaffner im Depot und hat sich nicht zu schämen kommen lassen. An dem betreffenden Morgen war der so schnell Entlassene gar nicht einmal der letzte im Dienst, es kam noch ein Kollege später, der nicht entlassen wurde. Der Entlassene wandte sich zwar an die Direktion, traf aber Niemand zu Haus.

Die Entlassung wurde also perfekt — Grund war nicht zu erfahren.

Es muß noch bemerkt werden, daß der Entlassene einen Tag vor seiner Entlassung Mitglied des neugegründeten Vereins der Verkehr-Angestellten geworden. Sollte das etwa ausschlaggebend gewesen sein?

Unsere „akademische“ Jugend. Einen eigenartigen Auspruch hat, so schreibt die „Post“, in der letzten Nacht das Leichenschauhaus wahrheitsgemäß von über 2000 Studenten erhalten. Ein großer Theil der in der Nachbarschaft befindlichen Anknüpfungszettel war abgerissen und an der Einfriedigung des Schauhauses befestigt worden. Danach waren heute früh im Leichenschauhaus Stallung und Remise, Zimmer mit und ohne Pension auf Tage und Wochen zu vermieten u. s. w., und schließlich wurde auch noch darauf hingewiesen, daß Namen in Wäsche gestickt würden. Von den Urhebern dieses geschmacklosen „Scherges“ ist noch nichts zu ermitteln gewesen. — Wie würde sich das konservativste Blatt erheben, wenn vielleicht übermüthige Arbeiter sich einen solchen „Scherg“ erlaubt hätten! „Uebermüthig“ hätte man die Arbeiter sicher nicht genannt, aber wahrscheinlich — befohlen.

Ein neues Tarifverbot wird von der Wannsee- bezw. Ringbahn gemeldet. Nach der neuerdings erlassenen Bestimmung, wonach für Zeitkarten im Vorort- und Fernverkehr für eine Zeitkarte ein Mindestbetrag von 2.50 M. monatlich für dritte Klasse zu zahlen ist, beträgt das Jahresabonnement auf der Strecke Berlin (Wannseebahnhof)-Großhirschenstraße 30 M. in 3. Wagenklasse, 42 M. in 2. Klasse. Für die Ringbahn hat diese Bestimmung keine Gültigkeit, so daß eine Zeitkarte auf der etwas längeren Strecke Berlin (Potsdamer Bahnhof)-Ringbahn-Schöneberg nur 20.50 M. in dritter und 31.20 M. in zweiter Klasse kostet. Nun ist aber auf den Zeitkarten der Ringbahn ausdrücklich vermerkt, daß sie auch für die Strecke der Wannseebahn bis Großhirschenstraße Gültigkeit haben. Wer also schon ist, nimmt eine Ringbahn-Zeitkarte, fährt damit je nach Wellen nach Großhirschenstraße, resp. Schöneberg, und spart dabei jährlich 9.20 M. in dritter und 8.90 M. in zweiter Klasse.

Arbeitervisiko. Am Reichstagsbau verunglückte gestern ein Zimmermann dadurch, daß er aus der obersten Höhe auf den Erdboden hinabfiel. Der Mann lebte nur noch zehn Minuten. Der erschütternde Unfall wird auf den Mangel festlicher Schutzvorrichtungen zurückgeführt. Der Todte war bei dem Abrücken beschäftigt und machte in schwindelnder Höhe auf einem nur zwölf Fuß breiten Brett, welches kein Gefährde hatte, entlang gehen. Wie uns mitgeteilt wird, ist der so jäb Dahingegangene der erste Arbeiter, der bei dem neuen Reichstagsbau das Leben einbüßte.

In rekonstruieren sind eine Reihe von Sachen, die vermuthlich aus bisher nicht ermittelten Geschäften gestohlen worden sind. Gestern wurden nämlich ein Schlosser M. und ein Maler Sch. festgenommen, als sie den Versuch machten, eine Kiste mit verschiedenen Porzellan- und Glasachen, Tassen, Tellern u. s. w., sowie 23 neue Kinderboas zu verkaufen. Ueber den Erwerb verhört, wollten sie die Sachen natürlich von dem großen Unbekannten erhalten haben. Die Gegenstände können bei der Kriminalpolizei im Zimmer Nr. 37 des Polizeipräsidial-Gebäudes festgestellt und von den Eigentümern in Empfang genommen werden.

Die Insitte, daß Kinder auf der Straße angetrunkenen Personen in heißen Häufen folgen und allerlei unpassende Scherze treiben, hat vorgestern Abend zu einem bedauerlichen Vorwands geführt. Ein gewisser Karl G. ging angetrunken am Rathhause vorbei. Eine Kinderschar zerrte so lange an ihm herum, bis er zu Falle kam. Obgleich er eine Kopfbinde davongetragen hatte, wollte ein Junge ihn wiederum umstoßen. G. schlug nach dem Jungen und dies gab einem noch nicht bekannten Vorübergehenden Veranlassung, sich auf die Seite der johlenden Kinder zu stellen und dem betrunkenen Manne derartige Schlägelverletzungen beizubringen, daß er nach der Charite gebracht werden mußte.

Muffen erregt im Norden der Stadt das Verschwinden des in der Borjstraße 12 wohnenden Bäckermeisters M. welcher dort seit 16 Jahren eine gut gehende Bäckerei betrieb. M. hatte in letzterer Zeit große Verluste erlitten und ist nun mit seiner Familie seit fünf Tagen verschwunden. Es wird angenommen, daß wohlhabende Kollegen dem Verarmten das Reisegeld nach Amerika gegeben haben, um drüben ein neues Geschäft anzufangen.

Der Fahrstuhl hat gestern Morgen im Kriminal-Gebäude einen Unfall veranlaßt. Der pensionirte Schutzmann Dersl, der als Gerichtsdienstler thätig ist, wollte aus dem Fahrstuhl, der zur Beförderung von Akten in die oberen Stockwerke dient, den Inhalt herausnehmen. In diesem Augenblicke wurde der Stuhl von einer andern Stelle aus in Bewegung gesetzt und Dersl geriet mit der rechten Hand zwischen Fahrstuhl und Wand. Er hat wahrscheinlich eine Knochenverletzung davongetragen.

Erheblich erleichtert wurde dieser Tage ein Hiegeleibesitzer, der von anwärts herber gekommen war, um die täglichen Sorgen auf kurze Zeit zu vergessen. Er war auf seinen Fahrten auch bis in ein bekanntes Wiener Café in der Gaussestraße gelangt, wo er sich in dem Strudel stürzte und schließlich mit den Keilern Hunger und Haase bekannt wurde. Die Bekanntschaft mit dem Provinzialen war auch in der That nicht ohne für die Keilern, denn er bewirkte sie nicht bloß plaudernd, sondern der Hiegeleibesitzer führte auch noch die Summe von 8800 M. in Banknoten bei sich, die seinen beiden Begleitern gewaltig in die Nase stachen. Nachdem der „Gastfreund“ durch Juraden zum Trinken gehörig bearbeitet worden war, gelang es leicht, ihm die Briefstasche abzunehmen, ihres Inhalts zu berauben und sie dann wieder an ihren Aufbewahrungsort zurück zu stecken. Schließlich wurde der Trunkene in seinem Gasthause am Stettiner Bahnhof abgesetzt. Als er am Nachmittag aus wässren Träumen erwachte, bemerkte er, daß das Geld fehlte, tröstete sich aber damit, daß er das Geld seinem Wirth wahrscheinlich in Verwahrnehmung gegeben habe. Da sich diese Annahme als irrig herausstellte, kamen ihm die dunkeln Erinnerungen an die nächtlichen Vorgänge, und die Angelegenheit wurde vor das Forum der Polizei gebracht. Da nun einer der Keilern erwiebsenmaßen große Ausgaben gemacht hatte, so wurden beide durch die Kriminalpolizei verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. In ihnen sind Leute erkannt worden, die mit dem Straßengesetz schon früher in Konflikt gerathen waren.

Marktpreise in Berlin am 9. November, nach Ermittlungen des Polizeipräsidenten. Weizen per 100 Kg. guter von 16.20—15.50 M., mittlerer von 15.40—14.80 M., geringer von 14.70—14.00 M. Roggen per 100 Kg. guter von 14.40—14.10 M., mittlerer von 14.00—13.80 M., geringer von 13.70—13.40 M. Gerste per 100 Kg. gute von 16.00—16.70 M., mittlere von 16.50—15.40 M., geringe von 15.30—14.00 M. Hafer per 100 Kg. guter von 16.50—15.80 M., mittlerer von 15.70—15.10 M., geringer von 15.00—14.40 M. Stroh, Weich per 100 Kg. von 4.65—4.— M. Hart per 100 Kg. von 7.80—4.80 M. Erbsen per 100 Kg. von 46.00—25.00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 30.00—20.00 M. Linsen per 100 Kg. von 30.00 bis 30.00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 8.00—1.00 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1.80—1.20 M. Bauchfleisch per 1 Kg. von 1.40—0.90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1.60—1.10 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1.80—0.80 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1.50—0.80 M. Butter per 1 Kg. von 2.20 bis 2.00 M. Eier per 60 Stück von 6.00—2.90 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2.40—1.20 M. Kase von 2.80—1.00 M. Jander von 2.40—1.00 M. Hechte von 1.80—1.00 M. Barsche von 1.60—0.70 M. Schleie von 2.40—1.20 M. Hele von 1.40 bis 0.70 M. Krebse per 60 Stück von 12.00—2.00 M.

Polizeibericht. Am 9. d. Mts. Nachmittags sprang ein Wasserthorbeden ein Mädchen in den Luisenstädtischen Kanal, wurde jedoch, anscheinend ohne Schaden genommen zu haben, aus dem Wasser gezogen. — In der Nacht zum 10. d. Mts. fand vor dem Hause Platenstraße 24 eine Schlägerei statt, der die dem Nachwächter Schönbald Einhalt geboten wurde. Als demselben die Maler Ossig und Otto sich von neuem zu schloßen begannen und vom Wächter aufgefordert wurden, ihm zur Ruhe zu folgen, schlugen sie auf ihn ein, rissen ihn zu Boden und brachten ihm mittels eines stumpfen Instruments mehrere Verletzungen bei. Er wurde von mehreren herbeieilenden Beamten befreit und der Maler Ossig verhaftet, während die Ueberrichter entlassen. — Im Laufe des Tages fanden drei kleine Brände statt.

## Berichts-Beifung.

In einem unüblichen Widerspruch hat sich das Reichsversicherungsamt gezeigt, indem es in der Entscheidung wider den Redakteur des „Führer“ Louis Müller und Genossen wegen Verleumdung des Sekretärs Göthe und der Mitglieder des Reichs-Versicherungsamts die Anklage erteilte, daß die Vorsitzende der Führer-Versicherungsgesellschaft Scharfenberg von dem Vorstände der am 12. April 1888 und am 9. März 1889 stattfindenden Kassensessionen durch die amtlichen Verfügungen vom 10. April 1888 und 7. März 1889 in Kenntnis gesetzt worden ist, während in Nr. 247 des „Führer-Anzeigers“ eine Notiz des „Führers“ an hervorragender Stelle dahin dementirt wurde, daß eine dahingehende Praxis im Reichsversicherungsamt (nämlich die Versammlung der Kassensessionen von dem Vorstände der Kassensessionen vorher zu benachrichtigen) nicht bestehe und deshalb die diesbezügliche Behauptung unbegründet sei. Die Anklage gegen Müller war erhoben, weil in dessen Blatte behauptet war, Scharfenberg habe die Kenntnis von den bevorstehenden Kassensessionen durch eine Indiskretion des Sekretärs Göthe erlangt. Auch der als Zeuge vernommene Sekretär Göthe hat in jener Verhandlung eidlich bekundet, daß Scharfenberg seine Kenntnis von den bevorstehenden Kassensessionen nicht durch Indiskretion, sondern auf amtlichem Wege in durchaus üblicher Weise erlangt. — Wie wir hören, beabsichtigt der Redakteur Müller durch eine Vorstellung beim Reichsamt des Innern zur Feststellung zu bringen, welche von beiden Personen die zutreffende ist.

Die Hing'schen Eheleute, ein bejahrtes und bisher recht unbescholtenes Ehepaar, war vom Schöffengericht wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs zu einer Gefängnisstrafe von einer Woche Gefängnis verurtheilt worden. Im gestrigen Termin vor der Berufungs-Strafkammer ergab sich ein Sachverhalt, durch die Angeklagten völlig entlastet wurden. Die Eheleute Hing's hatten in der inzwischen eingegangenen Kurzschrift von May u. Reichardt gearbeitet. Sie hatten stets einen sauer verdienten Lohn zu erhalten. Dies war besonders dann der Fall mit dem kleinen Guthaben, das ihr nach dem Aufgeben der Arbeit verblieb. Sie erhielt hohles Nebenarbeiten und während der Vertretungen anhaft Geld. Endlich bestellte der Inhaber May sie zu einem bestimmten Tage, solle sie ihr Guthaben erhalten. Zur bestimmten Zeit erschien Frau Hing's in Begleitung ihres Ehemannes. Sie trat May an dem Hofe. Derselbe bedeutete ihnen, sie sollten oben nach dem Komtoir gehen und dort auf seine Rückkehr warten, er sei im Begriff, Geld zu holen. Im Komtoir kam zwischen dem Ehepaar und dem zweiten Inhaber, Reichardt, welcher den unbilligsten Versuch wieder fortzusetzen wollte, einer erregten Szene, die Angeklagten mußten mit Gewalt gebracht werden. Der Gerichtshof schloß sich den Anklagen des Vertheidigers, Rechtsanwält Dr. Haase, an und sprach Angeklagten frei. Dieselben konnten sich wohl für beruhigt halten, in dem Raum zu verweilen, der ihnen von dem Geschäftsinhaber angewiesen war, selbst wenn der andere bleiben nicht duden wollte. — Frau Hing's erklärte, daß ihren Lohn bis heute noch nicht erhalten habe.

Unvorsichtiges Umgehen mit einem Leßling-Gewehr dem Graveurlehrling Ernst Barthele eine Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung zugezogen. Der Vater des Angeklagten ist, wie viele andere Leute, der glückliche Besitzer eines Leßling-Gewehrs, welche auf einem Felde bei der Frankfurter Allee dem Genuß der Sommerluft ermöglichen. Zu derselben scheint das Lothnalen von Gewehrmaschinen zu gehören. Als am Sonntag ein Schlächtermeister vom Viehhofe kam, erhielt plötzlich durch einen Schuß ein Schrotkorn ins Gesicht. Schuß hatte offenbar der Angeklagte abgefeuert, welcher einem Gewehre bei der Laube seines Vaters stand. Der Staatsanwalt beantragte nur einen Verweis, der Gerichtshof glaubte aber, dem Unzuf, auf einem von erholungsbedürftigen Menschen bevölkerten Platz zu schießen, durch eine energische Strafe zu müssen und er verurtheilte deshalb den Angeklagten zu 100 Mark Geldbuße.

Neuruppin, 9. November. (Eine Bestie in Mensch geformt.) Ein furchtbares Verbrechen beschäftigte heute die hiesige Schwurgericht. Der Schutzmacher Adolf Heinrich Reue stand unter der Anklage, seine beiden eigenen ganz jungen Kinder kalten Blutes hingerichtet zu haben. Der jetzt 22-jährige Angeklagte hat, nachdem er wegen Diebstahle und Brandstiftung 17 Jahre im Zuchthause zugebracht, seine jetzige Frau geheiratet, welche selbst ein Töchterchen mit in die Ehe brachte und die Angeklagten im Jahre 1889 und im Jahre 1891 mit je einem Kinde beschenkte. Am 21. August 1890 hat er das damals 2 1/2 Monate alte Kind in wichtiger Weise gemißhandelt, indem er mit der Hand mit solcher Kraft vor den Leib schlug, daß es darauf seinen Geist aufgab. — Am 1. April d. J. mochte er auch sein zweites, 6 Monate altes Kind. Er gab dem Kinde die Köpfe von Schweinehälften in die Wäsche und als es nicht schnell genug sterben wollte, nahm er das Kind und schlug es mehrere Male derartig auf den Rand der Bettdecke, daß dem Kinde 5 Rippen brachen und dasselbe unter furchtbaren Qualen in 2 Stunden seinen Geist aufgab. Der Angeklagte nimmt an, daß der Angeklagte die That begangen hat, um ein Paar Mark zu erhalten. Derselbe gab zu, in beiden Fällen







24 Verkäufer.

Elektrische Beleuchtung.

# „Zum Prophet“

## Welthaus für fertige Herren- u. Knaben-Garderobe.

### Bis zum Schlusse dieses Jahres

haben wir bei einer Konventionstrafe von 75 000 Mark laut uns zugegangener Auffstellung noch für ca.

# eine halbe Million Mark

## fertiger Herren- und Knaben-Garderoben,

von den mit uns die Vereinigung bildenden Fabrikanten abzunehmen und umzusetzen.

Wir sind daher in die Lage versetzt, entweder obige Konventionstrafe zu zahlen oder den garantirten Umsatz zu erzielen; daher haben wir es vorgezogen,

# qu. 75 000 Mark

dem bei uns kaufenden Publikum zu Gute kommen zu lassen und dementsprechend die Preise für unsere Waaren herabgesetzt, so daß sowohl die Händler mit Kleidungsstücken, sowie Privatleute, wenn sie ihren Bedarf an

# fertigen Herren- und Knaben-Garderoben

jetzt bei uns decken, Geld in Massen verdienen resp. ersparen.

## So etwas war noch nicht da!

Wir müssen großen Umsatz erzielen. — Wir werden mit den Waaren schlemern. Kein Geschäft, ob noch so groß, ist im Stande, ein gros anderes so einzukaufen, wie wir unsere

## fertigen Herren- und Knaben-Garderoben

en detail, d. h. im Einzelverkauf abgeben.

Jedermann wird ungläubig beim persönlichen Einkauf den Kopf schütteln und sich fragen, wie es möglich ist, Waaren von derartig guter Qualität und Arbeit zu solchen Preisen en détail verkaufen zu können. Die Lösung dieses Räthfels ist sehr einfach, wir müssen und wollen Umsätze erzielen, um hierdurch sowohl unserer Fabrikantenvereinigung, sowie dem Interesse unseres Welthaus zu dienen.

Von heute ab offeriren wir in einer Vielfältigkeit, Masse und Auswahl, wie es bisher noch keinem Publikum geboten worden ist:

**Abtheilung I.**

Double mit Tuchfutter	sonst M. 20 b. u. v. 8 M. an.
I. Double m. Damastfutter	24 " " 12 " "
Diagonal m. gestr. Serge	26 " " 18 " "
Velour mit Clothfutter	28 " " 14 " "
Düffel mit Steppfutter	30 " " 16 " "
Ratiné mit Atlas	34 " " 18 " "
Floconné mit Zanella	40 " " 16 " "
Frise mit Tuch	45 " " 29 " "
Montagnac mit Seidenf.	50 " " 30 " "
Rammgarn mit do.	50 " " 32 " "
Prince of Wales Winter-Paletots exquisit.	80 " " 45 " "

**Abtheilung II.**

Reise-Mäntel	sonst M. 24 b. u. v. 12 M. an.
Kaiser-Paletots	20 " " 10 " "
Paletots, Jag. Prince Reg.	36 " " 20 " "
Ufster	25 " " 15 " "
Ufster m. halber Pelierine	32 " " 20 " "
Ufster m. ganzer Pelierine	40 " " 27 " "
Kaiser-Mäntel	20 " " 12 " "
Kaiser-Mäntel I.	28 " " 18 " "
Hohenzollern-Mäntel	50 " " 27 " "
Kutschier-Mäntel, elegant, sonst 65 M., bei uns 25 M.	

**Abtheilung III.**

**Complete Anzüge in**

Men Cheviot	sonst M. 24 b. u. v. 8 M. an.
Buflin	22 " " 0 " "
Crümmelhauser	28 " " 14 " "
Diagonal	32 " " 18 " "
Sportfaçon	34 " " 17 " "
für die Reise	28 " " 15 " "
Velour	36 " " 20 " "
Satin	42 " " 28 " "
Rammgarn	34 " " 19 " "
do. rayé	42 " " 28 " "
Gehrockfaçon	50 " " 30 " "
do. hochfein	64 " " 38 " "

**Abtheilung IV.**

**Hosen — Hosen und Westen**

Tuch	sonst M. 7 b. u. v. 3 M. an
Winterbukskin	12 " " 5 " "
Schwarzem Tuch	14 " " 6 1/2 " "
Rammgarn	15 " " 8 " "
S. u. B. i. gedieg. Stoff.	15 " " 8 1/2 " "
S. u. B. hochfein	24 " " 14 " "
Nouveauté Hosen, das Eleganteste der Saison, von 9 1/2 M. an.	

**Abtheilung V.**

Herbst-Paletots	sonst M. 21 b. u. v. 8 1/2 M. an
Herbst-Paletot, schwer	28 " " 18 " "
Herbst-Paletot, extra	36 " " 20 " "
Juppen für's Haus	10 " " 6 " "
Joden-Juppen	12 " " 7 " "
Gebirgs- u. Jagd-Juppen	17 " " 11 " "
Interims-Façon-Juppen	22 " " 15 " "
Spezialität in Juppen besseren Genres.	

**Abtheilung VI.**

Schlarfröcke in Double	sonst M. 18 b. u. v. 7 M. an
Satin	20 " " 6 " "
Schlarfröcke Velour	22 " " 10 1/2 " "
Schlarfröcke Double Face	26 " " 15 " "
Schlarfröcke Frise Rout.	30 " " 20 " "
Schlarfröcke Floconné	34 " " 21 " "
Schlarfröcke m. Steppfutter	38 " " 22 " "
Schlarfröcke, Türkisch sonst	45 " " 29 " "

**Abtheilung VII.**

Westen, einzelne	sonst M. 6 b. u. v. 1 1/2 M. an
Schwarze Tuchwesten	7 1/2 " " 3 " "
Weisse Westen	6 " " 2 " "
Hochlegante Westen	12 " " 4 " "

**Abtheilung VIII.**

**Ia. Knaben-Anzüge** sonst M. 4.—, b. u. v. 2 M. an

in Buflin	5.— " " 2 1/2 " "
in Cheviot	5.50 " " 3 " "
in Satin	6.— " " 3 1/2 " "
in Diagonal	7.— " " 4 " "
in Nouveaut.	10.— " " 5 " "

**Haute Nouveauté-Anzüge, wie solche nur Spezial-Geschäfte führen.**

**Ib. Burschen-Anzüge, sonst M. 9 b. u. v. 5 M. an**

in Buflin	9 1/2 " " 5 1/2 " "
in Cheviot	10 " " 5 3/4 " "
in Satin	12 " " 6 " "
in Diagonal	13 " " 7 " "
hochfeine	18 " " 8 " "

**Ic. Jünglings-Anzüge, sonst M. 15, b. u. v. M. 7 an**

in Buflin	18 " " 7 1/2 " "
Cheviot	19 " " 8 " "
Diagonal	20 " " 11 " "
Rammgarn	24 " " 14 " "
hochlegante	30 " " 18 " "

**Iia. Knaben-Palet, sonst 6 1/2 M., b. u. v. 2 1/4 M. an**

Knaben-Palet mit Buflin	9 " " 6 " "
Knaben-Palet mit Pelierine	11 " " 7 " "
Knaben-Schwarzkoff	12 " " 8 " "
Knaben-Reise-Mäntel	6 " " 3 " "
Knaben-Kaiser-Mäntel	5 " " 2 1/2 " "

**Haute Nouveautés-Paletots zu jedem Preise.**

**Iib. Bursch. Pal., Dr. Jag. sonst 12 M., b. u. v. 5 M. an**

Bursch. Schw. m. Pel.	14 " " 7 " "
Bursch. Menschstoff	15 " " 9 " "
Bursch. Kaiser-Mtl.	10 " " 4 1/2 " "

**Iic. Jünglings-Paletots**

Jüngl. Schw. m. Pel.	18 " " 11 " "
Jüngl. Menschstoff	19 " " 12 " "
Jünglings-Ufster	14 " " 8 " "
Jüngl. Kaiser-Mtl.	12 " " 7 1/2 " "
Jüngl. Hohenz. Mtl.	28 " " 20 " "

Niemand braucht heute mehr schäbig gekleidet zu gehen, denn für wenige Mark kann er bei uns sein Kleideres in einen eleganten Menschen verwandeln. Niemand braucht heute mehr alte getragene Sachen zu kaufen, in denen er sich den Keim einer ansteckenden Krankheit holen kann, da er bei uns für dasselbe Geld frische neue Kleidungsstücke kaufen kann.

Niemand, selbst der Armen Kerkner braucht heute Kleidungsstücke für sich oder seine Familie auf Abzahlung zu kaufen, denn für den Preis, den er wo anders nur als Anzahlung zu leisten hat, kann er sich bei uns schon seinen Bedarf decken.

Wir bemerken zum Schluß, daß es im Interesse eines Jeden liegt, seinen jetzigen und seinen voraussichtlichen Bedarf jetzt bei uns zu decken, da sich eine solche Gelegenheit, derartig gute Waaren zu solchen Schleuderpreisen einzukaufen zu können, so schnell nicht wieder bieten dürfte.

Wer irgendwie Geld zur Verfügung hat, möge sich ganze Partien dieser

## fertigen Herren- und Knaben-Garderoben

einkaufen und hinlegen, da er sein Geld nicht zins- und gewinnbringender anlegen kann.

Jeder besitze sich mit seinem Einkauf, damit er aus den einige hunderttausende von Mark noch antreffenden Waarenbeständen das, was seinem Geschmack entspricht, findet.

# „Zum Prophet“

1. Etage,

Am Dönhoffplatz,

1. Etage,

Ecke Leipziger- und Kommandantenstraße.

Verstand nach Auswärts gegen Nachnahme.

Keine Sträflingsarbeit.

Nur Schneiderarbeit.